

TATblatt

MINUS 23 NUMMER

(26/92)

14. OKTOBER 1992

PREIS: öS 15,—

Nachbarin in Not!

Situation der Frauen und der staatlichen Familienpolitik in Kroatien

Außerdem:

**Die Kämpfe in Italien
gehen weiter**

Seite 3

**Tag der offenen Tür
bei der Wiener
Polizei**

Seite 5

**Mietrecht fördert
Rassismus**

Seite XVI

**Materialien zu
Rostock, die dritte:
Mehr über
Österreich**

Seite 11

**Von langer Hand
vorbereitet bzw.
immer wieder
vergessen,
verschoben, ver...:
Beschlagnahme
einer
TATblatt-Ausgabe**

Seite 9

**Der Kampf gegen
den Müllberg**

Seite 17



Das Autonome Frauenhaus in Zagreb, das erste und bisher einzige Frauenhaus auf dem Gebiete des zerstörten Jugoslawien, besteht seit 1990. Es hat sich aus einer provisorischen Zufluchtsstätte entwickelt, die im Dezember 1990 in einer *besetzten Wohnung* eingerichtet wurde, die der Union der Sozialistischen Jugend gehört. Derzeit läuft ein Prozeß; mit einer Entscheidung ist im November zu rechnen. Bereits seit 1988 gibts einen *Notruf für geschlagene Frauen und Kinder*, der von der Organisation *Women Aid Now* betrieben wird. Aus dieser Initiative hat sich die Frauenhausinitiative herausgesondert.

Vor den Schlägen ihrer Vergewaltiger und Unterdrücker können dort Frauen und Kinder seelische und materielle Hilfe finden. Das Haus ist zum Bersten voll. Es beherbergt derzeit *15 Frauen und 16 Kinder!* Die Kapazität reicht höchstens für 10 Frauen.

Die brutalisierten Männer üben einen derartigen Terror aus, daß sogar die Polizei nicht zum Einschreiten zu bewegen ist, und die Frauen wiederholtermaßen gezwungen waren, die *Militärpolizei* zur Hilfe zu rufen! Wenn sie bloß bei der Polizei anrufen, werden sie nach wie vor abgewimmelt. Mehrmals hat es bereits Einbrüche von gewalttä-

tigen Ehemännern gegeben.

Waffen sind auf dem Schwarz- und Drogenmarkt immer leichter zu bekommen. Es steigt nicht nur die Zahl der Schläger und Vergewaltiger - es werden auch immer mehr Frauen mit der Waffe bedroht. *Allein in der vergangenen Woche wurden wie wir telefonisch erfuhren, in Zagreb 5 Frauen von Männern umgebracht;* darüber hinaus wurden etliche verletzt.

Das Team besteht derzeit aus zwei Frauen, die ganztags, und einer, die halbtags arbeiten, dazu kommen viele freiwillige Helferinnen. Das Projekt wird ausschließlich von den Frauen selbst organisiert. Alle möglichen öffentlichen Institutionen schicken zwar Frauen hin - *offizielle, staatliche Unterstützung* (mit Ausnahme anfänglicher Auszahlungen aus Lottogewinnen, die aber jetzt nur mehr den Flüchtlingen zugutekommen) *gibt es hingegen keine - trotz wiederholter Versuche bis zum heutigen Tag keine!* Das Frauenhaus ist auf Hilfe von Einzelpersonen und Frauengruppen (meist aus dem Ausland!) angewiesen. Es besteht bereits Zusammenarbeit mit Frauenhäusern in Österreich, Deutschland und Frankreich, *aber die Hilfe reicht nicht aus!*

Die Miete beträgt inklusive Strom, Gas, Betriebskosten, derzeit monatlich ungerech-

net an die 10.000 S! Im Augenblick entspricht das etwa dem Dreißigfachen eines durchschnittlichen Monatslohnes! Im Sommer betrug der Durchschnittslohn etwa 850 S, jetzt ist er auf etwa 300 S. gesunken! Viele können mit dem Geld, das sie verdienen, nicht einmal mehr den Strom bezahlen.

Worin bestehen die Aktivitäten des Frauenhauses? Unterstützung, Beratung, Kontakt mit anderen Frauen, die in einer ähnlichen Situation sind, Schutz vor Männergewalt. Die Frauen vom Frauenhaus kümmern sich um Kontakte mit Ärztinnen, RechtsanwältInnen, verwandten Projekten und Initiativen. Es werden Beratungen, Selbsthilfegruppen, Workshops, Aussprachegruppen und Kinderbetreuung organisiert.

Wie die Zagreber Psychologin Nina Pecnik im Mailboxdienst APC/YUGO/ANTI-WAR, das vom Medienzentrum der Technischen Universität Wien betreut wird (Telefon: 586 18 68), berichtet, sind während der noch nicht 2 Jahre des Bestehens des Frauenhauses insgesamt 78 Frauen, sowie zusätzlich deren Kinder betreut worden. Von den 528.000 Flüchtlingen und Vertriebenen, die sich zum 2. Juni 1992 in Kroatien befanden, sind mehr als die Hälfte Kinder, der Rest Frauen und alte Menschen! Nina Pecnik: "Das Leben im Exil ist zu einer typischen Frauenangelegenheit geworden, denn es sind ja die Frauen, die sich um die jungen und alten Familienmitglieder kümmern müssen.... Viele von den Frauen, die, als der Krieg zu eskalieren begann, in Zagreb und Belgrad in Basisorganisationen aktiv waren, engagierten sich dann in der Friedensbewegung: im Zentrum für Antimilitaristische Aktion in Belgrad, und bei der Antikriegskampagne in Zagreb.

Im vergangenen Sommer fanden Workcamps unter internationaler Beteiligung statt, so eines vom 19. Juli bis zum 2. August. Die Frauen aus dem Ausland halfen bei Renovierungsarbeiten, und bei dieser Gelegenheit konnte ihnen auch die Situation der Frauen in Kroatien vermittelt werden.

Es werden weiterhin internationale Projekte durchgeführt, und zwar nicht nur zu fixen Terminen: die Einsätze können auch beidseitig festgelegt werden. Es werden Frauen gesucht, die bereits Erfahrung in der Betreuung von geschlagenen Frauen und Kindern besitzen und die mithelfen wollen. Ganz besonders werden Frauen fürs Training von Selbstverteidigungsgruppen gesucht!

Die Kosten für Verpflegung müssen von den Teilnehmerinnen aus dem Ausland selbst getragen werden. Die Preise für Lebensmittel sind aber derzeit, im Verhältnis zu den anderen Lebenserhaltungskosten, noch relativ niedrig: es genügt, für eine Woche etwa 500 S (70DM) bereitzuhalten. Für private Unterkunft wird gesorgt.

Die internationale Einbettung des Projekts ist umso wichtiger, als seit einiger Zeit vorausgesehen ist, daß sich die Politik des Kroatischen Staates massiv und, wie vorzusehen ist, auch mit ständigem physischen

Terror gegen jegliche selbstbestimmte Frauenpolitik richten wird.

Das Tudjman-System betreibt eine gezielte Rassenpolitik.

Schon am 5. Mai dieses Jahres fand eine Regierungssitzung statt, bei der als Hauptthema das unsägliche "Gesetz zur Wiedergeburt der Kroatischen Familie" behandelt wurde. Noch ist es nicht verabschiedet! Es wird wahrscheinlich im November oder Dezember ins Parlament kommen.

Die Hauptstoßrichtung: Der Geburtenrückgang, oder, wie es wörtlich in diesem Gesetzesentwurf heißt, "das langsame Aussterben der Bevölkerung", soll rückgängig gemacht werden. Nach den Vorstellungen des Elaborats wären 3 oder 4 Kinder in einer kroatischen Familie das Optimum. Gezielt sollen hier finanzielle Anreize bei der Geburt des dritten, des vierten und weiterer Kinder eingesetzt werden. Das Recht auf Abtreibung wird abgeschafft und unter Strafe gesetzt. Besondere Schützenhilfe wird hier ein sogenannter "Kampf gegen lebensfeindliche Gesinnung" leisten, dessen Aufgabe es sein wird, "Gerüchte und Infiltrationen aus der Medizin, den Schulbüchern, dem Fernsehen und der Presse zu entfernen", denn: bisher sei die gefährliche demographische Rückentwicklung in den sozialistischen Lehrbüchern unterschätzt worden. Weiters sollen internationale Kontakte mit den Bewegungen zum Schutz ungeborenen Lebens in Europa und den Vereinigten Staaten verstärkt werden. Eine "Kroatische Demographische Woche" soll dazu dienen, der Öffentlichkeit "ein wissenschaftliches Bild und eine Analyse der derzeitigen demographischen Situation in Kroatien" zu verschaffen.

In diesem pseudogesetzlichen Wahngelbilde gibt es Klauseln, deren totalitäre Färbung einen gestandenen Francofaschisten schamrot werden ließe. So heißt es fundamental: "Die Gesamtenergie Kroatiens (des Dorfes, der Landwirtschaft, der Stadt, der Industrie, des Tourismus, des Verkehrs, der Kleinbetriebe muß der Erneuerung der Familie und des Heims dienen." Und: "Der höchste Beruf in der Republik ist der der Mutter, als Erzieherin."

Das Gesetzeswerk sieht weiterhin explizit vor, daß arbeitende Frauen mit Kindern aus den Fabriken "herausgenommen" werden sollen, - dadurch würden Arbeitsplätze frei werden.

Unter der Rubrik, wörtlich übersetzt, "Bekämpfung des Nicht-Frauentums" wird einer Steuerpolitik, das Wort geredet, die ganz besonders kinderlose Frauen treffen soll. Zitat: "Die demographische Situation wird durch ein neues Übel belastet: Die späte Eheschließung von 35 bis zu 50 Jahren, wobei in diesen Ehen ein Kind oder gar keine Kinder mehr geboren werden. Die neue staatliche Politik Kroatiens wird nicht das Nicht-Frauentum fördern, sie wird Familien und verheiratete Frauen mit Kindern stimulieren."

Kinderkrippen sollen auf ein Minimum reduziert, respektive stufenweise abge-

schaft werden. Ein Projekt für "Kindergemeinschaften" für Kinder zwischen 2 und 6 Jahren soll ausgearbeitet werden, weiters: "Clubs und Jugendgemeinschaften gegründet, in denen die kroatische Geschichte und Literatur, die Tugend der Soldaten, der Sport, die Kunst usw. erforscht werden."

Unter Ziffer 38.4 "Moralischer Schutz der Familie" wird noch eine weitere geplante Maßnahme angeführt, nämlich: Zusätzlich zu all dem wird eine "Kroatische Soziale Woche" organisiert. Was das soll, das wollen wir gerne mit einem wörtlichen Zitat belegen: "Nach so vielen materiellen und geistigen Zerstörungen und Irrwegen tritt die kroatische Gesellschaft frei und souverän in Europa ein. Es ist nötig, eine 'Kroatische Soziale Woche' zu organisieren, auf der Hunderte von schlauen, ehrbaren und heimatliebenden Köpfen versammelt werden, die eine Vision über unsere Zukunft geben und somit der Regierung, dem Parlament und der Führungsspitze bei der ethischen Erneuerung des kroatischen Volkes und anderer Bürger der Republik helfen sollen." (Kursives immer von der Red.)

Zum Abschluß noch zwei der zahlreichen Grundsatzklauseln, die unter der schon genannte Rubrik "Moralischer Schutz der Familie" eingereiht sind: a) "Die kroatische Regierung muß ihre Familienpolitik nach folgendem Prinzip führen: Über eine glückliche Familie in eine glückliche Gesellschaft." Und b): "Die Republik muß mit Hilfe von Gesetzen und politischen Eingriffen alles bekämpfen, was sich gegen die Familie und Ehe richtet."

Und braucht in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden, daß auch ein neuer Feiertag eingeführt wird? Er heißt: "Der Tag der Kroatischen Mutter".

Diese letzteren Informationen stammen vom Nachrichtendienst Jugomedia, der im Mailboxdienst CL/EUROPA/BALKAN steht, und der ebenfalls, wie der andere oben erwähnte Dienst, im Medienzentrum der TU eingesehen werden kann.

Ich glaube, aus dem Vorangegangenen wird klar, warum die kroatische Frauenbewegung, wenn sie sich auch, so wie zum großen Teil die Friedensbewegung in Kroatien selbst, in erster Linie nicht als Komponente einer Opposition, oder gar fundamentalen Opposition, gegen diesen Staat begreift, auf alle Fälle auf internationaler Ebene finanziell und publizistisch unterstützt werden sollte.

Kontaktadresse: Centar za Mir, Nenasilje i Ljudska Prava (Zentrum für Frieden, Gewaltlosigkeit und Menschenrechte)/Antiratna Kampanja (Antikriegskampagne), Tkalciceva 38/II, 41000-Zagreb, Tel.: 42 24 95, Fax: 27 11 43, e-mail: ARK @ GN.APC.ORG

Spendenkonto: Verein Aktionsgemeinschaft der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser, Konto: BAWAG 010-107 97 701, "Frauenhaus Zagreb".

(Maria und Alex)

Italien:

“Es hört nicht auf”

(Schlagzeile des *manifesto* vom 3. Oktober)

Was im letzten TATblatt unter der Schlagzeile “Aufruhr in Italien” die Titelzeile zierte, hat seine machtvolle Fortsetzung erfahren. Immer wieder Streiks, Demonstrationen, Widerstand gegen die Regierung und die mit ihr zusammenarbeitenden Gewerkschaften. Die italienischen ArbeiterInnen zeigen, daß sie ihre Interessen am besten selbst verteidigen können. Die Selbstorganisation soll nicht auf die Arbeitskämpfe beschränkt bleiben, sondern Überlegungen gehen bereits soweit, zum Beispiel im Gesundheitswesen eigene Strukturen aufzubauen. ...und es hört nicht auf!

(TATblatt-Wien)



ArbeiterInnendemonstration in Palermo: “Das Wort den Arbeitern — Nationaler Generalstreik”

Foto: manifesto

Chronologie

Mo, 21.9. Sozialversicherungsgesetz wird im Parlament diskutiert, ist vom Senat schon beschlossen. Streiks in mehreren Regionen werden vorbereitet, ab 22. September bis Anfang Oktober soll es Streiks geben.

Di, 22.9. Firenze: 100.000 Menschen streiken, Protestaktion gegen Bruno Trentin, CGIL-Führer. Bei einer von der CGIL organisierten Kundgebung werden Schraubenmuttern gegen Trentin geworfen. Venezia-Mestre: Streik, Demonstration; Palermo: Bei einer Versammlung von “Cassintegrati” gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen. “Cassintegrati” sind ArbeiterInnen, die von Betrieben vorübergehend gekündigt werden, Arbeitslose beziehen und nach einigen Monaten wieder

eingestellt werden oder auch nicht.

Mi, 23.9. Lombardia: 4 Stunden Regionalstreik; Milano: 3 Demonstrationen in der Stadt, Kundgebung am Domplatz, Angriffe auf GewerkschafterInnen, Aufruf zum Generalstreik; Como, Brescia, Bergamo, Mantova, Cremona: Demonstrationen; Emilia Romagna: Regionalstreik, 300.000 Menschen bei mehreren Demos; Bologna: Demonstration und Kundgebung

Do, 24.9. Liguria, Campania, Marche: 4 Stunden Regionalstreik; Genova, Napoli, Ancona, Torino: Demonstration und Kundgebung

Fr, 25.9. Piemonte, Abruzzo, Sicilia: Vier Stunden Regionalstreik und Demonstrationen in vielen Städten. Im Parlament wird eine Einschränkung der Möglichkei-

ten, Zivildienst zu leisten, und eine Verschlechterung der Bedingungen beschlossen. Auch im Verteidigungsbereich soll eingespart werden, aber — nur bei den Zivildienern. Insgesamt soll das Verteidigungsbudget auch '93 aufgestockt werden.

Sa, 26.9. Roma: 200.000 demonstrieren. Darauf sagt Trentin: “...und wenn es notwendig wird, werden wir einen oder sogar zwei Generalstreiks machen, bis wir unseren Gegner besiegt haben.” Die Lega Nord (Rechtsradikale) gewinnt die Wahlen in der Provinz Mantova mit 33,9%, die ChristdemokratInnen und SozialistInnen verlieren.

Di, 29.9. Regionalstreik in Umbria, Puglia, Basilicata, Calabria, Friuli, Veneto, Trentino. Demonstrationen in vielen Städten.

Mi, 30.9. Die CGIL unterstützt den Generalstreik halbherzig. Aber CISL und UIL sind zwiespältig, weil sie auf ein Einlenken der Regierung vertrauen. Die CGIL legt sich auf kein konkretes Datum fest und wartet, ob CISL und UIL mitmachen.

Do, 1.10. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag beschließt die Regierung eine “leichte Korrektur” zum Budget 93: die Verringerung des Defizits soll von 93.000 Mrd. Lire auf 110.000 Mrd. erhöht werden. 11.000 Mrd. davon sollen über Streichung von Steuerbegünstigungen herkommen. Gleichzeitig werden die öffentlichen Investitionen um 6.000 Mrd. Lire eingeschränkt. Betroffen sind vor allem öffentlicher Verkehr (Eisenbahnen, U-Bahn-Bau) und Bildung. Die Verschlechterungen im Gesundheitswesen sollen hingegen “überprüft” werden.

Die Gewerkschaften geben bekannt, daß sie sich am Montag versammeln werden und entscheiden, ob Generalstreik oder nicht.

Fr, 2.10. Dreieinhalb Millionen Angestellte im öffentlichen Dienst streiken, die Eisenbahnen stehen, die Post bleibt liegen, in vielen Betrieben und Schulen in ganz Italien wird nicht gearbeitet. Demonstrationen in vielen Städten, viele, viele Menschen auf den Straßen.

Roma: 150.000 LehrerInnen und Staatsangestellte auf einer von den Gewerkschaften organisierten Demo. Polizei und Sicherheitsdienste der Gewerkschaften verhindern die Beteiligung der Basiskomitees, der StudentInnen und der Centri Sociali: Prügeleien, Tränengas, 100 Festnahmen, 60 Verletzte, 7 Verhaftungen.

Während der Demonstration werden Wohnungen von AktivistInnen nach Waffen durchsucht.

Di, 6.10. Die Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL rufen zu einem Pseudo-Generalstreik am 13. Oktober aus, der vier Stunden dauern und die öffentliche Versorgung (z.B. Post, öffentliche Verkehrsmittel) nicht betreffen soll. ●

Verlautbarung des Fabriksrates der ACI Informatica

Wir haben gesehen...

Wir haben den Platz und die Demonstration gesehen, militarisiert von Polizei, für den Krieg ausgerüstet, und mit Knüppeln bewaffneten Sicherheitsdiensten der Gewerkschaften (jedeR davon bekam 50.000 Lire).

Wir haben die Bühne an der Piazza San Giovanni gesehen, weit entfernt von den Arbeitern, versteckt hinter Schutzscheiben und geschützt durch Tretgitter, die von Polizisten und Sicherheitsdiensten bewacht wurden.

Wir haben junge Studenten gesehen, die während der Demonstration von Polizei und Sicherheitsdienst verprügelt wurden.

Wir haben Männer und Frauen gesehen, die Parolen gesät haben und Prügel geerntet.

Wir haben Zivilpolizisten gesehen, die einzelne Demonstranten von hinten angegriffen und sie dann zu den Gefangenenwägen geschleppt haben.

Wir haben die Arbeiter am Platz gesehen, erstickend am Tränengas, angegriffen von Polizisten und kriminalisiert von den Gewerkschaftsführern.

Wir haben die Polizei gesehen, wie sie Fotoapparate geraubt und die Filme herausgerissen hat.

Wir haben gehört, wie die Gewerkschaftsführer die Sicherheitsdienste gelobt haben.

Wir haben gehört, wie der Polizeichef die Sicherheitsdienste gelobt hat.

Über die Bemerkungen über diesen Zusammenstoß und dessen lügnerische Wiedergabe durch die Massenmedien hinaus finden wir es wichtig, kurz inne zu halten

und über die Gründe nachzudenken. Nach ersten Momenten der Wut erscheint es uns klar, wie seitens der staatlichen Gewerkschaft eine Strategie gesucht wurde, um eine Bewegung des Kampfes und des Protestes, wie die, die in den letzten Wochen auf allen italienischen Plätzen zum Ausdruck gebracht wurde, auf ein Problem der öffentlichen Ordnung zu reduzieren, einfach von den üblichen "200 Autonomen", die sogar in einen neuen Terrorismus ausufern könnte. Dieser Versuch ist eindeutig und zeigt die Kleinlichkeit und die Ehrlosigkeit einiger gewerkschaftlicher Bürokraten, die Angst um ihren Sessel haben. Es ist so eindeutig dieses Mal, aber die italienischen Arbeiter lassen sich nicht mehr hereinlegen, nachdem sie sich verprügeln lassen haben.

Wir haben jetzt eine "Staatsgewerkschaft" gesehen, die nicht die Arbeiter schützt, sondern sich vor ihnen mit Hilfe von Tretgittern, Knüppeln und Polizei. Die Arbeiter haben das gesehen und sie müssen weiterhin diese Bewegung aufbauen, sich als erste Vorgabe den nationalen Generalstreik setzen, versuchen die Gewerkschaften dazu zu zwingen und ihn falls nötig selbst organisieren.

*Das Fabrikkomitee der ACI Informatica
Roma, 6.10.92*

Zu beachten: Als Generalstreik meinen wir klarerweise nicht den, zu dem gestern die CGIL, CISL und UIL aufgerufen haben, der nur vier Stunden dauern soll, die Hälfte der italienischen Arbeiter ausschließt und keine nationale Demonstration vorsieht. •

Das will die Regierung Seite zu Seite mit den Gewerkschaften durchsetzen:

- Abschaffung der "scala mobile", der automatischen Anpassung der Löhne an die Inflation
- Erhöhung des Pensionsalters und die Berechnung der Pension über die gesamte Beitragsdauer
- Blockierung der Pensionierungen vor Erreichen des Pensionsalters über das ganze Jahr 1993
- Einstellungsstop für öffentliche Bedienstete
- Aussetzung der Lohnverhandlungen für 1993
- Einschränkung des Streikrechts
- Familien, deren Jahreseinkommen umgerechnet 400.000 BS übersteigt, müssen Arzt- und Arzneikosten selbst tragen
- genereller Abbau sämtlicher Steuererleichterungen, von denen allerdings Unternehmen "von Qualität und Relevanz" ausgenommen werden können



Streik:

Die Frauen in der ersten Reihe

"Die Frauen, die Arbeiterinnen, die Pensionistinnen werden besonders attackiert. Zu erschrecken genügt nicht mehr. Wir müssen reagieren. Die Frauen sollen auf die Straßen. Im feministischen Sektor von "Botteghe oscure" ist das politische Klima stark von dieser "Kampfgeist" geprägt. Im Parlament wird gerade versucht eine "Querverbindung" der Frauen verschiedener Gruppierungen (PDS, kommunistische Neugründung, Grüne, PRI) zu organisieren. Am 24. September gab es die erste öffentliche Initiative: "Wohin geht der Sozialstaat" — das Ziel ist, daß die Frauen stark zu Wort kommen, auch in autonomer Form, innerhalb der allgemeinen Protestbewegung. Darüber diskutierte die linke italienische Tageszeitung "Manifesto" mit Livia Turco, "historische" Leiterin der Frauen

der PDS und Nationalratsabgeordnete der Partei.

(manifesto, gekürzt)

Inwiefern trifft die Manöver der Regierung, die ja Arbeiter und Pensionisten alle trifft, besonders die Frauen? Weil sie schwächer sind?

Aber nein! Weil sie determinierende Subjekte beim Aufbau des Sozialstaates und dessen fortschrittlichsten Punkten sind und waren. Wenn gesagt wird, daß der Angriff auf Löhnen, Renten und das Gesundheitswesen, auch gegen die Frauen gerichtet ist, ist gemeint, daß die historische Rolle, die Werte, die Kraft, deren Trägerinnen die Frauen gemeinsam mit der ArbeiterInnenbewegung waren, nun in Frage gestellt wird. Die Idee der Solidarität wird zum Tode ver-

urteilt. Die Solidarität nicht im Sinne von Hilfe, sondern von Anerkennung des Anderen. Eine Auffassung von Gesundheit als psychophysischer Wohlstand, Prävention und Pflege, die stark von den Frauen getragen wurde, wird in Frage gestellt. Es ist schlimm, daß darüber geschwiegen wurde.

Auf welches Schweigen beziehst du dich? Auf das Schweigen der Frauen? Auf die Gefahr, daß, falls die Regierungsvorhaben durchgehen, die Frauen wieder "nach Hause" geschickt werden?

Ich glaube nicht, daß eine solche Gefahr besteht. Und ich glaube auch, daß in diesen heißen Tagen die Arbeiterinnen Stärke und Eigenständigkeit zeigen. Ich sage etwas anderes: In den Institutionen, in den Gewerkschaften, in den Parteien, ist die Frage nach dem, was die neuen Maßnahmen den Frauen kosten werden, nie in den Mittelpunkt der Diskussionen gestellt worden.

Es gibt doch viele zentrale Fragen. Sieh dir z.B. an, wie die Regierung die Pensionisten verfolgt.

Ein gutes Beispiel darüber, wie die Frauen von der Manöver betroffen sind: Die Renten. Schon die aktuelle Situation benachteiligt die Frauen. Durchschnittlich beziehen die Frauen eine um 30% niedrigere Pension als die Männer. 80% der männlichen Renten

L'ULTIMA:
PERCHÉ I CARABINIERI VANNO SEMPRE IN TRE?



Der aktuelle Bullenwitz: Warum tauchen die Carabinieri immer zu dritt auf?

Cartoon: manifesto

als das Recht auf Gesundheit.

Was sagt zu den gewalttätigen Aktionen, die die Demonstrationen der letzten Tage begleitet haben?

Es tut mir sehr leid. Die Gewalt ist nicht akzeptabel, sie barbarisiert den politischen Kampf. Nicht nur. Sie lenkt die Aufmerksamkeit ab von der Bedeutung und dem Reichtum dieser Bewegung und erschwert die Möglichkeit eines Generalstreiks auf nationaler Ebene. ●

sind über dem Existenzminimum, im Vergleich zu nur 32% der Frauenrenten. Mit den Vorschlägen von Amato wird das alles noch viel schlimmer. Aufgrund der Erhöhung des Pensionsalters wird es nicht mehr möglich sein, sich Pausen zu leisten, bei denen frau aus dem Arbeitsmarkt aussteigt, um sich den Kindern oder persönlichen Projekten zu widmen, und dann wieder einzusteigen. Und weiter: die Erhöhung der Mindestarbeitszeit für die Beziehung der Pension von 15 auf 20 Jahre ist ad hoc gegen die Frauen.

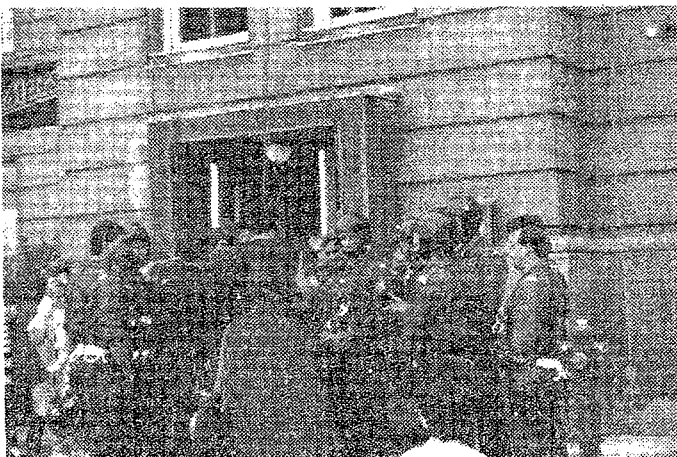
Und was sagt zum Gesundheitswesen?

Giuliano Amato, großer Theoretiker der Familie, fordert das Bestehen von Familien. Es ist eine Frechheit, das Recht auf Gesundheitsversorgung vom Familieneinkommen abhängig zu machen. Es gibt nichts individuelleres und universelleres

Tag der offenen Tür bei der Wiener Polizei: Ernstfall, es ist schon längst soweit, ...

Vor kurzem fand in der Wiener Polizeikaserne Marokkanergasse ein Tag der offenen Tür der Wiener Polizei statt. Zu bestaunen gab es die VertreterInnen des staatlichen Gewaltmonopols samt ihrer technischen Gerätschaft.

Teilweise
vermummte
Mitglieder der
Alarmabteilung
nach
"erfolgreich"
abgeschlossener
Übung



(TATblatt Wien)

Schon beim Eingang zur Polizeikaserne wird klar, daß auch Unternehmer ein großes Interesse an der Polizei haben. Pepsi Cola gibt sich bürgerInnenfreundlich und verscherbelt sein Produkt zu irgendeinem Sonderpreis. Im Innenhof prangen weitere Transparente anderer Unternehmungen, wie z.B. Mars, Bank Austria, ...

Einige hundert Menschen bevölkern die Polizeikaserne und geben sich durchaus interessiert an den Errungenschaften der Polizei.

Die Wiener Polizei wiederum bemüht sich wirklich, sich möglichst gut zu verkaufen. Überraschende Höflichkeit, selbst bei den Männern der Alarmabteilung, herrscht vor.

Und geboten wird einiges:

Die Garagen sind gefüllt mit den eindrucksvollen Fahrzeugen der Polizei. Neben Streifenwagen, Motorrädern, Einsatzwagen der Alarmabteilung, zeigen sie auch einen gepanzerten Wagen der Schwedater Flughafenpolizei (Kranich), Absperrgitter (jeder/m DemonstrantIn wohlvertraut) und natürlich auch einen Wasserwerfer.

Es handelt sich dabei um ein umgebaut-

tes Löschfahrzeug der Feuerwehr. Es würde mich interessieren, wie lange sie damit spritzen können, ohne auf den nächsten Hydranten angewiesen zu sein.

Im Wasserwerfer vergnügten sich jugendliche, die andauernd die Sirene in Gang setzten, und die Spritze gegen imaginäre Ziele richteten. Vielleicht wollten sie auch nur wissen, was sie in den nächsten Jahren von seiten der Wiener Polizei auf der Straße erwarten zu haben.

Wenn mensch sich jene technischen Geräte und die Männer der Wiener Alarmabteilung genauer betrachtet, wird klar, daß da noch einiges auf uns zukommen wird.

Die Wiener Polizei hat aufgerüstet, und sie präsentiert es stolz der Öffentlichkeit.

Gezeigt wurden die Fertigkeiten der Alarmabteilung bei diversen Kampfsportarten. Hier gab es stets ein Opfer (mit einem Schutz versehen) und einen Vertreter der Alarmabteilung, der nach allen Regeln der Kunst losgedroschen hat. Begleitet wurde das ganze von einem Moderator der mit enthusiastischer Stimme das Geschehen kommentierte: "Stellen sie sich das vor, wenn kein Schutz vorhanden ist. ...". Ich kann es mir vorstellen, denn ich erlebe ständig die Einsätze der Alarmabteilung bei Demonstrationen und ich kenne auch die Verletzungen, die solche Fertigkeiten bei ihren Opfern hinterlassen.

Geöffnet war auch das Gebäudeinnere der Polizeikaserne, und hier fand vor allem der Raum in dem die Alarmabteilung untergebracht war mein Interesse.

Neben allerlei technischem Firlefanz zeigten sie wiederum Erstaunliches. Einen vermummten Scharfschützen mit Gewehr samt diversen Zielfernrohren, Gaskartuschen samt dazugehörigem Gewehr, und sie stellten einen zumindest mir neuen Polizeitrupp vor.

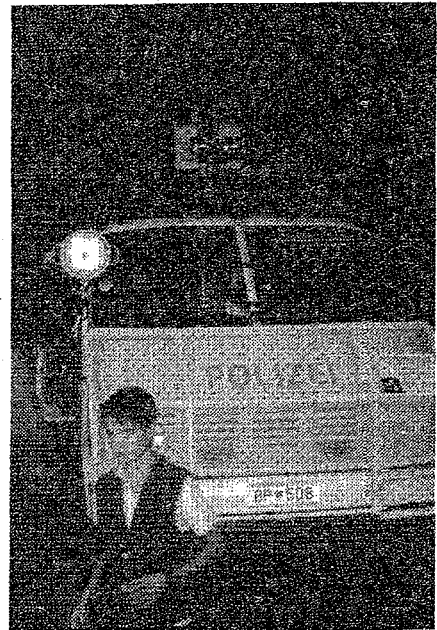
Dieser Trupp nennt sich GSOD-Greiftrupp und wurde durch eine ausgerüstete Puppe dargestellt. Diese Polizisten sind anscheinend total geschützt (Helm, Schild, Brustpanzer, Beinschützer,...) und verfügen zumindest in der vorgestellten Form über in den Helm eingebauten Sprechfunk und über ein Tonfa (asiatischer Kampfstock). Dieser Trupp erinnert stark an das USK in der BRD (siehe Tb-26) und vielleicht sind auch die Zielsetzungen ähnlich.

Das USK ist stets durch brutales Auftreten, zuletzt beim Weltwirtschaftsgipfel in München, in Erscheinung getreten.

Mir graut es schon vor dem ersten Auftritt des GSOD-Greiftrupps in Wien, denn auch ihr Einsatzgebiet dürfte es sein, bei Demonstrationen gezielt gegen einzelne Personengruppen vorzugehen..

Bemerkenswertes Detail am Rande: In der Kantine hängen unter anderem zwei

Bilder, die von Opernballdemonstrationen stammen: das erste zeigt einen Trupp Polizisten, wie sie über ihre eigenen Sperrgitter klettern, um in die Offensive zu kommen, das zweite zwei Polizisten, wobei der eine seinen verletzten Kollegen wegrägt.



Endlich auch in Österreich: Der Wasserwerfer der Wiener Polizei *Fotos: Tb*

TATblatt lädt ein zum:

Projekt Solidaritätssteuer!

Endlich ist es soweit: das TATblatt sucht wieder mal einen neuen Weg um an eine Menge Geld zu kommen.

Seit vier Jahren gibt's nun das TATblatt und ebenso lange gibt es Menschen die viel Zeit, Kraft und Energie in dieses Projekt stecken, ohne einen Groschen dafür zu sehen. Wir wollen jetzt keine Lobhudelei betreiben, doch wir meinen, es ist nicht ohne, in einem Land wie Österreich 4 Jahre lang kontinuierlich ein Medium herauszugeben, das "Nachrichten aus dem Widerstand" an die Öffentlichkeit bringt.

Wir wollen weiterhin das TATblatt herausgeben, aber nicht unter Bedingungen wie sie bisher bei uns vorherrschten.

Am 1. April ist jene Druckerei in Konkurs gegangen, die uns freien Zugang zu den Produktionsmitteln ermöglichte. Wir hatten fortan keine Möglichkeit mehr das TATblatt selbst zu drucken.

Eine Möglichkeit war es, das TATblatt in einer kommerziellen Druckerei drucken zu lassen, doch ökonomisch wären wir damit binnen kürzester Zeit am Ende gewesen.

Wir haben uns nun dazu entschlossen, eine eigene Infrastruktur aufzubauen, um weiterhin kontinuierlich erscheinen zu können.

Diese Infrastruktur soll aber auch anderen Personen und Gruppen zur Verfügung gestellt werden, die sich den Weg in eine Druckerei nicht leisten können.

Doch jetzt zum Wesentlichen:

Das TATblatt-Kollektiv hat beschlossen, ab 7.9.92 die Druckerei in Betrieb zu nehmen und hat sich durch die Anschaffung der nötigen Infrastruktur extrem verschuldet.

Um das alles zu finanzieren benötigen wir noch rund 5000 öS monatlich. Bei diesem gewaltigen Loch haben wir natürlich an eure Solidarität gedacht und deshalb zurück ...

... zum Projekt Solidaritätssteuer:

Wir suchen ab sofort und ganz, ganz dringend Menschen, die sich selbst besteuern. Kleines Rechen-



beispiel: 50 Menschen, die monatlich 100.-öS an uns überweisen, würden genügen, um unsere Vorstellungen zu verwirklichen.

und so funktioniert:

Als Untergrenze der Solisteuer haben wir uns 50.-öS/Monat gedacht. Diesen Betrag könnt ihr nach Belieben erhöhen/vervielfachen.

Die Solisteuer überweist ihr uns dann einfach per Dauerauftrag auf unser Konto:
P.S.K. 7547.212
Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt

Dann schickt ihr uns eine Post-

karte mit eurem Namen + Adresse, damit wir euch das TATblatt auch zusenden können.

Also überlegt euch, wie wichtig euch ein Medium wie das TATblatt ist (zwei Bier, ein Kinobesuch, ein Konzert, zwei Packerl Zigaretten, ein Doppler Wein...../Monat sind für viele von uns kein Problem - wie wichtig ist uns ein linkes Projekt?) und helft uns massigst, um unser Vorhaben in die Realität umzusetzen.

Helft mit, damit die Nachrichten aus dem Widerstand auch wirklich an die Öffentlichkeit gelangen!!!

Waterloo für britische FaschistInnen

Von den österreichischen Medien kaum wahrgenommen, verhinderten AntifaschistInnen am 12. September in einer mehrstündigen Auseinandersetzung die Durchführung eines von der faschistischen "British National Party" (BNP) organisierten Konzerts in der Londoner U- und Eisenbahnstation Waterloo Station. Die U-Bahn Station war als Treffpunkt für konzertwillige Skinheads aus GB, Dänemark, Schweden, Holland und der BRD auserwählt worden; von dort sollte der eigentliche Veranstaltungsort angefahren werden.

Die AktivistInnen der antifaschistischen Aktion (AFA) und der Zeitschrift "searchlight" sahen in der Veranstaltung den Versuch faschistischer Gruppen, in London Fuß zu fassen und quasi "kulturell" präsent zu sein. Den ersten musikalischen Gehversuchen der Faschisten auf Londoner Boden würden, vermuteten die AntifaschistInnen, verstärkt "politische" Aktionen folgen. Schon die Liste der auftretenden Gruppen war ein deutliches Indiz für diese Absicht: No Remorse (GB), Skullhead (GB), Dirlwanger (S) und vor allem Skrewdriver (GB) sind allesamt Gruppen, die unter faschistischen Skinheads "Rang und Namen" besitzen. Der Sänger der Skin-Partie Skrewdriver hatte für längere Zeit Sprecherfunktionen in der rassistischen "National Front" inne.

Am 12. September fanden sich dann im Laufe des Nachmittags an die tausend AntifaschistInnen (laut Aufruf: "prepared to travel", also



"Sie sagten uns, daß es beim Konzert abgehen würde, wie eine Bombe. Und das tat es wirklich."

mit Fahrkarte) ein, die immer wieder die in Gruppen zwischen 30 und

50 Personen eintrudelnden Skinheads vertreiben konnten.

Zwar machte die Polizei Jagd auf AntifaschistInnen, aber der Vielzahl kleinerer Handgemenge an verschiedensten Orten des riesigen Stationsgeländes war sie nicht gewachsen. Sie hatte sich wohl eher auf eine große Schlacht vorbereitet gehabt.

Schließlich räumten Anti-Riot-Einheiten das Stationsgelände, versperrten es vorübergehend und nahmen damit den Faschisten ihren Treffpunkt. Das Konzert sollte letztlich in einem unter Vorwänden angemieteten Beisl im Südosten Londons durchgezogen werden, scheiterte aber an der Wirtin des Lokals mit "multikulturellem" Publikum, die den Stecker aus der Dose zog und den Fascho-Bands den Saft abdrehte.

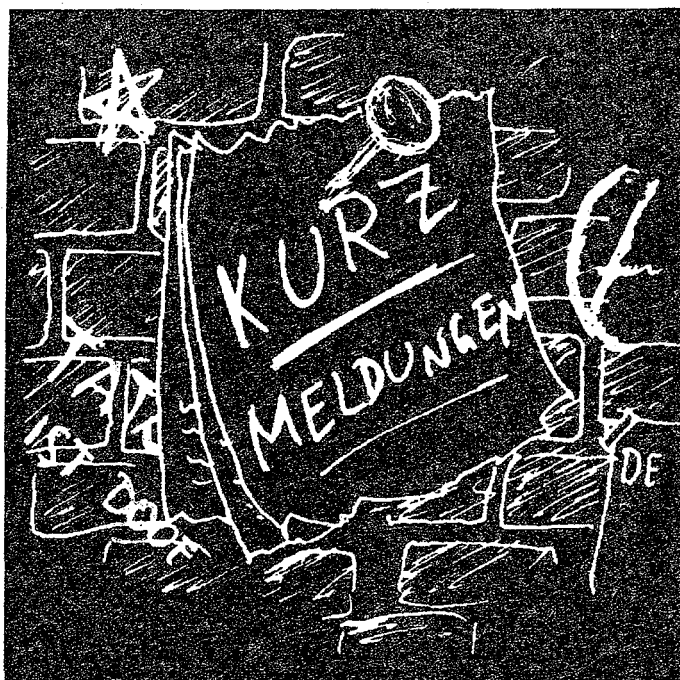
Belustigende Randnotiz: Zwei hochrangige BNP-Faschisten, die an der Waterloo Station festgenommen worden waren, verbleiben in Haft. Sie hatten "ihre" Bewährungsaufgaben verletzt, die im vergangenen Jahr nach Überfällen auf afrikanische EinwanderInnen über sie verhängt worden waren.

Die Zahl der festgenommenen AntifaschistInnen ist uns leider nicht bekannt. In Haft ist aber keineR!

Erste Opfer des Zivildienstgesetzes

Schon in der Begutachtungsphase des neuen Zivildienstgesetzes war die Einführung eines sogenannten "Racheparagraphen" kritisiert worden. Anlässlich des zweiten Antrittstermins unter neuem Gesetz kommen die Fußangeln des Militärs so richtig zur Geltung: ZD-Anträge nach dem neuen Gesetz haben keine aufschiebende Wirkung mehr; d.h., daß Anträge, die nicht fristgerecht abgeschlossen werden, trotz laufender (Berufungs-) Verfahren nicht die Einberufung eines Kriegsdienstunwilligen zum Präsenzdienst verhindern können. Und das trifft auf beinahe alle Anträge zu, denn bei kurzfristiger, aber noch zeitgerechter Zustellung des Einberufungsbefehls (bis 1 Monat vor Präsenzdienstantritt) sind allein schon die gesetzlichen Fristen (14 Tage, um den Antrag zu stellen, 14 Tage für das Militärkommando, um ihn an das Ministerium weiterzuleiten, dann 2 Monate bis zum Erlassen des Bescheids; wegen Personalmangels insgesamt Bearbeitungsdauer in der Regel 4 Monate) länger, als der Zeitraum zwischen Zustellung und Einrückungstermin. (Allerdings gibt es einen Erlaß vom Verteidigungsministerium an alle Militärkommandos, die Einberufung für jene Personen wieder aufzuheben, die das erste mal einen Zivildienstantrag stellen).

Besonders hart trifft es Perso-



nen, die bereits einmal zum Kriegsdienst einberufen, später jedoch aus diesem entlassen worden waren: Sie müssen ihren ZD-Antrag in jedem Fall vor Zustellung eines neuerlichen Einberufungsbefehls stellen, da für sie die 14-Tage-Frist zur Einbringung des ZD-Antrags nicht gilt!

Diese kaum bekannte Tatsache wird vielen zur Falle. Allein in Westösterreich fielen 5 Kriegsdienstunwillige dieser Fußangel zum Opfer, werden nun zum Einrücken gezwungen.

Ein zweiter Fallstrick, über den bisher die meisten purzelten, ist der Lebenslauf: Laut Formular muß die Schulbildung angegeben werden. Welcher aber nun "Studium" oder "Matura" angibt und damit die Frage nach Volksschule und Haupt-/Mittelschule als überflüssig erachtet, irrt ganz gewaltig. Denn wird dies nicht angegeben, wird der ZD-Antrag abgelehnt.

Fälle Nr. 3 ist der Strafregisterauszug: Ist dieser älter als 4 Wochen, wird er nicht mehr anerkannt.

Wer noch vor der Musterung einen ZD-Antrag stellt, hat Pech: Ohne Tauglichkeitsbeschuß gibt's auch keinen Zivildienst.

Der Verwaltungsablauf des Bundesheeres bietet alle Möglichkeiten der Willkür gegenüber Kriegsdienstverweigerern. Die von den PolitikerInnen erhoffte Beruhigung der Diskussion um das Bundesheer wird das Gesetz wohl kaum bringen. Im Gegenteil: Die "Härten" des Gesetzes werden mit Sicherheit bereits in wenigen Monaten auch die Diskussion über den Zivildienst als versteckte Form des Kriegsdienstes beleben. Denn mit der Zahl der nach dem neuen Gesetz akzeptierten Zivildienstler (angeblich 2 1/2 mal so viel Anträge wie früher!) wird auch die Zahl jener steigen, die in den Fußangeln hängenbleiben. Und die werden auf Dauer nicht widerspruchslos schweigen.

Polizei und Erotik, Magistrat und "AIDS-Prophylaxe"

Die Bedeutung des Wortes "Erotik" ist in Österreich neuerdings Auslegungssache; zuständig dafür das Innenministerium!

Vom Wiener Büro für Vereinsangelegenheiten um Hilfe ersucht, nahmen sich die Löschnak-Helfer den Statuten-Entwurf einer "Sexuellen Vereinigung Sämtliche Sale — Verein für libertine Erotikkultur" zur Begutachtung vor. Und "ungeschaut" ("Im übrigen wurden die Statuten nicht geprüft.") kam auch das erwartete Ergebnis: "Am Vereinsnamen ist unklar, was unter der Formulierung 'Sämtliche Sale' zu verstehen ist. Außerdem steht die Verwendung des Begriffes 'Erotik' in Widerspruch zur Bezeichnung als 'Sexuelle Vereinigung...' und zu den Angaben in §2."

Genannter Paragraph nämlich regelt den Zweck des Vereins, der wäre:

- Die Enttabuisierung jeder Form frei verabredeter Sexualität.
- Das Aufzeigen der gesellschaftlichen Bereicherung durch offen gelebte sexuelle Vielfalt.
- Die Einmischung in Hierarchien.
- Die Erörterung von Scham, Intimität und Treue.
- Die Ermutigung zum Peinlichen.
- Die Verächtlichmachung der Porno-Stereotypen.

Dazu vermerkt der Bearbeiter des Innenministeriums, Herr ORev. Bachofner folgendes: "Die Angaben in §2 Abs. 1 und 2 (Jede Form frei vereinbarter Sexualität? Sexuelle Vielfalt?), 3 sowie 6 müßten näher umschrieben sein, um den Erforder-

nissen (...) des Vereinsgesetzes zu genügen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die einschlägigen strafrechtlichen Bestimmungen aufmerksam gemacht."

Herr Bachofner fordert die Einholung einer Stellungnahme des Justizministeriums und bemängelt einen Formalfehler, der in der Ausführung der von den VereinsproponentInnen verwendeten Statuten-Vordrucke liegt und üblicherweise von der Vereinsbehörde nicht beachtet wird.

Der mit denselben Statuten befaßte Sachbearbeiter des Wiener Magistrats, Dr. Lavicky, stellt in seiner Stellungnahme an das Vereinsbüro fest, daß "die Verwirklichung des Vereinszweckes zu strafbaren Handlungen gegen die Sittlichkeit (§§201 ff. StGB), zu Anstandsverletzungen (Art. VIII erster Fall EGVG) sowie zur Förderung der Verbreitung von AIDS führen könnte". Weiters fordert er polizeistaatliche Maßnahmen gegen die ProponentInnen: "Die Magistratsdirektion ersucht, (...) der Person des Proponenten jedenfalls ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden."

Der Inhalt der Stellungnahme ist erschreckenderweise lt. Lavicky "nicht auf dem Mist der MA 62 gewachsen", die für rechtliche Stellungnahmen zuständig ist, sondern "im Wesentlichen eine Wiedergabe der Meinung der MA 15" (Gesundheit).

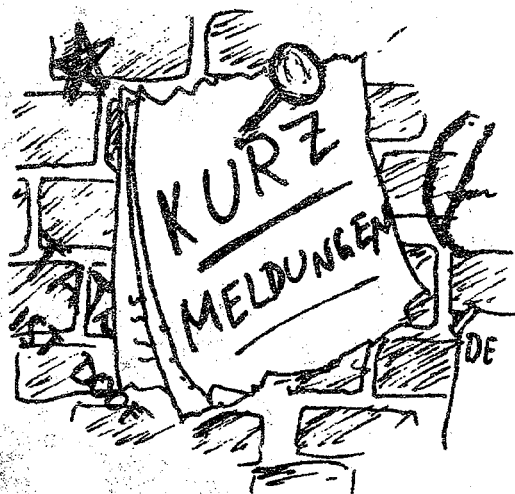
Entsprechend der ewigvorgestri-gen "Randgruppen"-Fixierung der MA-15 wird AIDS in Wien vor allem von der Polizei bekämpft: Razzien gegen Drogensüchtige, Kriminalisierung von Prostituierten und nunmehr — absehbar — dem Verbot von Vereinen.

Ein Zweck des Vereins "Sämtliche Sale" wurde aber bereits allein mit der Einreichung der Statuten bei der Polizei erreicht: Sowohl Innenministerium als auch Magistrat wurden gemäß §2 Abs. 5 der Statuten erfolgreich zum Peinlichen ermutigt.

Keine Jeans für PfadfinderInnen

Eine umgekehrte Boykott-Kampagne ist gerade im Begriff, sich über die USA auszubreiten. Die Jeans-Fabrikanten Levi Strauß & Co. haben angekündigt, die "Boy Scouts of America" wegen ihrer diskriminierenden Einstellung gegenüber Lesben und Schwule nicht mehr finanziell zu unterstützen. Im Gegenzug haben diverse rechte und hardcore-religiöse Spinnerorganisationen einen Boykott von Levi's Produkten angekündigt. Da aber die Mitglieder dieser Organisationen nicht gerade als fanatische Jeans-TrägerInnen verschrien sind (und umgekehrt), braucht sich Levi's nicht weiter zu fürchten. In den Geldbörsen der chauvinistischen Pfadfinder wird es aber in Zukunft immer mehr Platz geben: Well's Fargo Bank und Bank of America wol-

len sich dem Boy Scouts-Boykott anschließen! Der Boykott von Phillip Morris Produkten (Marlboro, Mil-



ka, Mirabell...) wird immer noch fortgesetzt. Der Boykott war von US-amerikanischen Anti-AIDS-Gruppen ausgerufen worden, weil Phillip Morris den rechtsextremen US-Senator Jesse Helms finanziell unterstützt.

Homosexualität unter Strafe

Nikaraguas Parlament verabschiedete kürzlich ein Gesetz, das homosexuelle Handlungen mit bis zu drei Jahren Gefängnis bedroht. Die Situation der Lesben und Schwulen hat sich seit dem Amtsantritt der Präsidentin Chamorro und ihrer UNO (Vereinigte Nikaraguanische Opposition) deutlich verschlechtert. Die Organisationen der Lesben und Schwulen sowie verschiedene Menschenrechtsorganisationen rufen dazu auf, mittels Protestschreiben an Frau Chamorro das neue Strafgesetz zu verhindern. Briefe an: S.E. Violetta Barios de Chamorro; Casa de Gobierno; Managua, Nicaragua.

Rosa-Lila-Jubiläum

Am 15. November feiert die Rosa-Lila-Villa im 6. Wiener Gemeinde-Bezirk ihren zehnten Geburtstag. Das "Erste Wiener Lesben und Schwulenhäuser" ist zwar noch immer das einzige (zumindest offizielle) geblieben, hat aber dafür mehrere faschistische Angriffe diverser Skinheads, Hooligans und FP-Bezirksräte überlebt.

Dem feierlichen Anlaß entsprechend bereiteten die BewohnerInnen und die im Haus aktiven Personen seit vergangenem Frühjahr die Herausgabe einer Dokumentation vor. Titel: "Zehn Jahre Lesben- und Schwulenhäuser Rosa-Lila-Villa — weil draufsteht was drin ist!"

("An der Fassade ist weithin

sichtbar die Telefonnummer 56 81 50 der Informations- und Beratungsstelle Rosa Lila Tip aufgemalt,

was vielen Frauen und Männern die erste Kontaktaufnahme mit uns erleichtert."). Ziel der ganzen — sehr umfangreichen — Arbeit: "Wir haben versucht, das Haus von verschiedenen Seiten, von innen und außen, zu betrachten, um auf diesem Weg ein möglichst umfassendes Bild der Rosa-Lila-Villa zu bekommen. (...) Diese Bestandsaufnahme soll aber nicht nur zeigen, was die Villa-Lesben und -Schwulen so machen, sondern soll auch die Entwicklung, der dieses Haus und wir selbst in den letzten zehn Jahren unterworfen waren aufzeigen und es möglich machen, diese nach zu vollziehen.

Auch war es schließlich notwendig geworden, Geschichte und GeschlechterIn aufzuarbeiten und zu dokumentieren, um einerseits viele Dinge vorm Vergessenwerden zu bewahren und andererseits die Ursprünge vieler Ideen wieder bewußt zu machen."

Das Buch erscheint am 12. November und kann in der Rosa-Lila-Villa, Wien 6, Linke Wienzeile 102 gekauft bzw. bestellt werden.

Materialien gegen Bevölkerungs-politik

Das Frauenreferat der ÖH an der Universität Wien hat eine Broschüre herausgegeben, die sich mit den inhaltlichen Begründungen und Ursprüngen "moderner" Bevölkerungspolitik, ihren Methoden und auch mit dem Widerstand dagegen befaßt. Einzelne Kapitel behandeln unter anderem den "Mythos der Überbevölkerung", die rassistische "Komponente" der Bevölkerungspolitik sowie "neue" hormonelle Verhütungsmittel.

In Beispielen wird die Durchsetzung etwa von Sterilisations-Programmen in Brasilien oder Puerto Rico (wo 40% der Frauen heute sterilisiert sind) ebenso geschildert, wie der Widerstand gegen diese Programme.

Im Anhang werden jene Organisationen kurz vorgestellt, die sich mit Bevölkerungspolitik in der sog. "dritten Welt" die Finger schmutzig und die Geldbörsen voll machen. Außerdem beinhaltet der Anhang

eine Liste der "Grundliteratur" zum Thema.

Bestelladresse: Frauenreferat der ÖH an der Uni-Wien; Rooseveltplatz 5a, A-1090 Wien. Preis wiss'ma leider keinen.

Polizei: lockere Dichtung?

Der am 12. September während einer Demonstration gegen den Faschismus in der Republik Türkei verhaftete Clemens H. wurde am 17. September wieder enthaftet.

Clemens war mehr oder minder im Weg gestanden, als Polizisten einen Teil der DemonstrantInnen frontal anzugreifen versuchten. Dem wiederum vorangegangen war eine Ohrfeige für einen rassistischen Zwischenrufer am Straßenrand.

Vorgeworfen wird Clemens, daß er ein Supermann sein soll. So soll er einen Polizisten niedergelassen und ihn mit Fußtritten und Faustschlägen traktiert, am Aufstehen gehindert und an Finger und Ellbogen verletzt haben. Gleichzeitig gelang es Clemens, mehrere andere Polizeibeamte, die ihrem Kollegen zu Hilfe eilen wollten, mit Schlägen und Tritten am Eingreifen zu hindern. Nachdem Clemens von den unglücklichen Beamten endlich abgelassen hatte, sei es ihnen zu viert gelungen, den Missetäter aus der Menge zu ziehen, in die er geflüchtet war.

Der Vorfall, der zum Eingreifen der Polizei auf der Seite des rassistischen Zwischenrufers geführt hatte, wird im Polizeiprotokoll nicht erwähnt. Auch nicht, daß der Zwischenrufer — lt. ZeugInnen — vom Staatspolizisten Neworal verwarnt worden sein soll. Dafür aber stellt der Bericht klar, weswegen die Polizei überhaupt einschritt: Es soll in der Demonstration nämlich zu Handgreiflichkeiten zwischen türkischen und kurdischen DemonstrantInnen einerseits und Vermummten andererseits gekommen sein. Und die Polizei, wie sie nun einmal ist, griff zu Gunsten der TürkInnen und KurdInnen ein und nahm den Störer fest. Vorgeworfen werden Clemens, der selbst an der Demonstration teilgenommen hatte: Schwere Körperverletzung, schwere Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und.....versuchte Sprengung einer Veranstaltung!

Wien: Endlich Solarförderung

(Umweltberatung)

Solar- (Heißwasser) und Photovoltaikanlagen (Solarstrom) sind unsere zukunftssträftigsten Energiequellen. Die raschen weltpolitischen Veränderungen lassen es sinnvoll erscheinen, Eigenvorsorge für einen Mindestbedarf an Energie zu treffen, um nicht in totale Abhängigkeit von Öl und Gaslieferungen

zu geraten.

In Wien scheint genug Sonne. Sie liefert uns jährlich 1100 Kilowattstunden pro Quadratmeter. Zum Vergleich: Der Wiener Energieverbrauch (rund 38.000 Gigawattstunden) ist knapp ein Zehntel der auf Wien eingestrahelten Sonnenenergie.

Durch eine weitere Verbreitung von Solaranlagen ist mit einem Preisrückgang zu rechnen. Dieser wichtige Schritt in die Energiezukunft wird ab nun effizient gefördert:

Der Zuschuß für die Errichtung einer Solaranlage zum Erwärmen von Brauchwasser ohne Einbindung in das Heizsystem beträgt 30% der förderbaren Investitionskosten, maximal jedoch öS 20.000.-.

Wird das Heizsystem miteinbezogen, erhöht sich der Betrag bis auf öS 30.000.-.

Für Photovoltaikanlagen beträgt der Zuschuß 25% der förderbaren Investitionskosten, maximal öS 30.000.-.

Anträge sind bei der Förderstelle der Wiener Stadtwerke, Energie-referat, 9, Spitalgasse 5-9, einzureichen.

Unabhängige Beratung über die Sonnenenergienutzung, Dimensionierungsvorschläge, Antragformulare zur Förderung, Literatur zum Thema und eine Marktübersicht über das aktuell Angebot am Sektor Solaranlagen, zusammengestellt von der ARGE Erneuerbare Energie, bekommt ihr bei den Umweltberatungsstellen in Floridsdorf und Hietzing (Adressen und Telefonnummern siehe bei "Putzen — aber womit?")

Literaturempfehlung des TAT-blatts:

Hauptsächlich für Häuslbauende, aber auch für Einsteigende: "Sonnenseiten — Wissenswertes zur Nutzung der Sonnenenergie".

Auf 48 Seiten vom optimalen Standort für das Energiesparhaus, von der Raumaufteilung und Wandkonstruktion, von der Verglasung über den richtigen Bau des Wintergartens bis hin zu Solaranlagen ein Querschnitt durch die Einsetzbarkeit der Sonnenenergie. Mit umfangreichem Serviceteil mit vielen Adressen (Umweltberatungen, Energieberatungsstellen, Solar-Selbstbaugruppen, Förderungen, Firmen, ...) und Literaturtipps.

Vielleicht nicht gerade als Bauanleitung verwendbar, aber auf jeden Fall eine brauchbare und informative Orientierungshilfe für alle, die schamlos die Sonne ausnützen wollen.

"Sonnenseiten", Umweltberatung Österreich, Wien 1991; öS 40.-

Putzen — aber womit?

(Umweltberatung)

Ein Konsumentenservice zur Orientierung am Biomarkt für Reinigungsmittel hat die Umweltberatung Österreich — Fachgruppe Reini-

gung zusammengestellt.

An die 100 Produkte, die sich in einer dreijährigen Test- und Recherchenphase als umweltverträglich erwiesen haben, sind in dem handlichen Faltblatt verzeichnet. Nach Anwendungsbereichen geordnet, finden sich die Produktnamen, dazu die Herstelleradressen und Vertriebshinweise für diese Reinigungsmittel.

Einige Tips für umweltverträgli-

ches Reinigen und Rezepte für Putzmittel zum Selbermachen ergänzen die Liste.

Das Faltblatt liegt bei allen Umweltberatungsstellen kostenlos auf.

Genauere Informationen über ökologischen Umgang mit dem Schmutz gibt es bei allen österreichischen Umweltberatungsstellen, deren Adressen ebenfalls verzeichnet sind. Dort gibt's auch für spezifische Anliegen persönliche Beratung oder

die entsprechende Fachliteratur.

Kontakte für Wien:

Umweltberatung Floridsdorf: 21, Angererstr. 14, Tel: 30 41 24;
Umweltberatung Favoriten: 10, Ada-Christen-Gasse 2/B/6/11, Tel: 68 77 68;
Umweltberatung Hietzing: 13, Speisinger Straße 19, Tel: 804 84 66
Umweltberatung Penzing: 14, Rottstraße 3/2/1, Tel: 911 35 52

Brandaktuell (wie immer): Beschlagnahme des TATblatts

Am 17. August dieses Jahres war es endlich soweit: Das TATblatt wurde beschlagnahmt! Oder eigentlich: Es sollte beschlagnahmt werden. Denn in ganz Österreich war es der Staatspolizei (allen voran dem rührigen Herrn Egger) nur gelungen, eines einzigen Exemplars der TATblatt-Ausgabe minus 26A habhaft zu werden.

Aus der Begründung des Hausdurchsuchungsbefehls:

"Einem Exemplar der Extraausgabe des Druckwerkes TATblatt Nr. Minus 26a (13a/92) vom 16.8.1992 zufolge enthält der Abschnitt AUFRUF folgende Textstelle: 'Ich fordere daher die Einstellung aller Verfahren gegen Wehrdienst- und Totalverweigerer und die Streichung aller Strafbestimmungen aus Wehr-, Militärstraf- und Zivildienstgesetz. Damit dies geschieht, fordere ich alle auf Militärgesetze nicht zu befolgen. Diese Textstelle indiziert den Tatbestand des Vergehens der Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze nach §281 StGB bzw. des Vergehens der Aufforderung zu mit Strafe bedrohten Handlungen und Gutheißung mit Strafe bedrohter Handlungen gem. §282 Abs.1 StGB. Es wird daher die Beschlagnahme der zur Verbreitung bestimmten Stücke des zitierten Medienwerkes gemäss § 36 Abs.1 MedienG angeordnet."

Auffallend, daß die Beschlagnahme einer Zeitung, die am 16.8. erschienen ist, bereits am 14. August angeordnet werden kann! Aber dieses Mißgeschick wird uns mit Sicherheit Frau Dr. Klotz-Eckbrecht erklären können. Sie ist es, die Beschlagnahme und Hausdurchsuchungen angeordnet hatte.....(wobei wir dazu sagen müssen, daß wir die Zeitung versehentlich eine Woche vordatiert hatten).

Die Durchsuchung des TAT-

blatt-Büros ging an sich zivilisiert vor sich, obwohl sie doch von Polizisten vorgenommen wurde (noch dazu von einem mit dem wenig vertrauensregenden Namen HACK!). Weniger zivilisiert benahmen sich die Vertreter von Gesetz und Ordnung anderswo, z.B. in Tirol, wo das zu diesem Zeitpunkt räumungsbedrohte Veranstal-

tigten sind Ausländer...!

Nun, das Ganze war nicht mehr als eine Episode in der skurrilen Geschichte der gegenwärtigen AntimilitaristInnen-Hatz. Was von einer Justiz zu halten ist, die 16 Hausdurchsuchungen anordnet und durchführt, um eine in geringer Zahl hergestellte Sondernummer

Gedächtnisprotokoll.
Am Freitag, den 14., etwa um 22 Uhr, begann ein sehr starkes Gedenken. Ich machte nicht auf, das Läuten wiederholte sich mehrere Male. Da ich nicht wissen konnte, wer draußen war — etwa Faschisten — blieb ich sitzen, und schließlich ging ich doch nachschauen. Vielleicht ist es doch jemand von der Redaktion. Das war ein Fehler.
Es war die Vereinspolizei. Sie zeigten einen Hausdurchsuchungsbefehl (auf dem Schreibtisch) mit der Unterschrift der Richterin. Ich verwies die Beamten zunächst auf die Srb-Aufschrift, die sie sich durchlesen, aber Reaktion erfolgte keine darauf. Sie suchten ein bestimmtes Exemplar des TATblatts, fanden es nicht. Ich wurde gefragt, wo diese bestimmte Nummer zu finden sei, worauf ich keine Antwort wußte. Die Suche war äußerst kurz. Ich versuchte unterdessen, Leute von der Redaktion zu erreichen, bzw. den Rechtsanwalt, es war aber niemand da. Auf dem Protokoll der Durchsuchung, das sie sich behielten — nicht dem, das dem Tb ausgefolgt wurde —, wurde vermerkt, daß das gesuchte Exemplar nicht aufzufinden war. freundliche Weise — dazu Ich wurde — teils auf nicht unbedingt freundschaftliche Weise — genötigt, den Erhalt der Hausdurchsuchung mit meiner Unterschrift zu bestätigen, hatte auch mein Personaldokument vorzulegen, sowie meine Wohnanschrift anzugeben.
M.

tungszentrum "Am Haven" cm für cm durchsucht und fotografiert wurde. (Die Vorbereitungsarbeiten der Polizei für eine Räumung waren allerdings vergeblich: Der Räumungstermin wurde wenig

zu beschlagnahmen, sei den werten LeserInnen überlassen. Gemessen am "Erfolg" rückt sich das Ganze von selbst in die Nähe von vorsätzlich verursachtem Schaden am Staatshaushalt..... Aber was geht uns schon der Haushalt dieses Staates an? Wir haben selbst genug Schwierigkeiten mit den Putztagen im TATblatt-Büro.....

Blieben zwei Wermutstropfen:

später verschoben....)

Am polizistischen ging es in der Karlsplatz-Passage zu, wo die Polizei einen ganzen Zeitungsstand zerlegte, um an die geheim versteckten TATblätter zu gelangen. Wahrscheinlicher Hintergrund: Der Eigentümer und alle Beschäf-

Was bedeutet der Beschlagnahmeversuch einer unabhängigen Zeitung für diese Medienlandschaft? Und welche weiteren Konsequenzen haben Personen aus dem TATblatt-(Vereins-)Vorstand und alle MitarbeiterInnen zu erwarten?

TATblatt

Am Donnerstag, den 8. 10. sprach FP-Obmann Jörg Haider auf einer Veranstaltung des FSI (Freiheitliche Studenteninitiative) und des Korporationsrings über Lage und Perspektiven der österreichischen Innenpolitik. Wie inzwischen an vielen Orten sollte der Auftritt Haiders auch am Juridikum der Wiener Universität nicht gänzlich ungestört verlaufen. Etwa hundert Personen fanden sich dazu ein. Zu größeren Auseinandersetzungen kam es allerdings nicht. Zurückhaltend verhielt sich auch die Polizei, es kam zu keinem Eingreifen ihrerseits. Der folgende Text gibt ein Stimmungsbild wieder.

Eine zum Scheitern verurteilte Aktion

(einige TeilnehmerInnen)

Um es gleich vorwegzunehmen: was eine antifaschistische Aktion werden sollte, geriet zur Farce, in der die KomödiantInnen (nämlich die Beteiligten) nicht wußten, was sie tun sollten und wollten.

Die Ereignisse stellen sich wie folgt dar (oder sie stellen sich zumindest mir so dar. Ich erhebe nicht den Anspruch der Objektivität):

Es wurden vor verschiedenen Universitätsgebäuden Plakate angebracht, die eine Veranstaltung der "Freiheitlichen Studenten Initiative" und schlagender Burschenschaften im Wiener Juridikum für den 8.10. angekündigt. Es sollte eine Show für Jörg Haider werden, zu der auch Bernhard Görg (Chef der ÖVP-Wien) und Hannes Swoboda (Stadtrat der SPÖ) eingeladen waren. (Swoboda sagte aber ab.)

Diese Plakate wurden von einigen Menschen gelesen, die der Meinung waren, daß solche Veranstaltungen nicht ungestört stattfinden dürfen. Doch schon in der Anfangsphase der Organisation gab es erste Fehler. Oft wußten nur Studierende, daß diese Veranstaltung stattfinden sollte, und daß geplant war, dagegen aufzutreten, wußten noch weniger und wenn, so nur durch Zufall. Der Informationsfluß funktionierte sehr schlecht. Viele erfuhren erst am Vortag, daß geplant war die Veranstaltung gemeinsam zu "besuchen".

Die nächsten Fehler betreffen das Plenum. Es war erstens viel zu knapp (eineinhalb Stunden) vor der Veranstaltung angesetzt, so daß aus zeitlichen Gründen nicht mehr viele Aktionsformen möglich waren. Zweitens wurde viel zu ungenau besprochen, was überhaupt gemacht werden sollte. Es war nicht einmal allen klar, was unser Ziel war. Es gibt schließlich viele Möglichkeiten, bei einem derartigen "Besuch": Mensch kann lediglich laut ihren/seinen Unmut kundtun, die Zugänge zur Veranstaltung blockieren und vieles andere mehr bis hin zur Sprengung der Veranstaltung. Was wir mit unserer Aktion erreichen wollten, wurde nicht ausreichend besprochen und war daher nicht allen klar. Es ist auch zu überlegen, ob diese Aktion nicht purer Aktionismus war, da sie keinerlei politisches Konzept als Basis hatte. Wir hatten auch keine Flugzettel, Transparente, hielten keine kurze Rede über ein Megaphon und unsere Sprechchöre waren lasch und einfallslos.

Also, als wir die Aktion unzureichend besprochen hatten und überhaupt nicht daran dachten, unsere politischen Motive den BesucherInnen der Veranstaltung zu erklären,

gingen wir zum Juridikum. Auch dabei passierte ein Fehler, der allerdings sehr leicht zu vermeiden gewesen wäre. Die Gruppe zerriß und wir kamen in zwei Schüben vor dem Juridikum an. Dann schlenderten wir zwar größtenteils verummmt aber gemütlich ins Juridikum und waren zu unentschlossen oder gar zu ratlos um irgendetwas zu tun. Während wir untätig und stumm dastanden und uns langsam in Grüppchen zerstreuten, konnte sich der Ordnerdienst der Veranstaltung organisieren und sammeln. JedeR mußte das Gefühl haben, daß, wenn sie/er losgeht, sie/er alleine bleibt. Es gab keine Solidarität, keinen Zusammenhalt, keine Entschlossenheit in der Gruppe. Es wurde dann von einigen nach langem Hin und Her versucht, in den Saal zu drängen, was aber nicht gelang, weil in der Zeit, in der wir

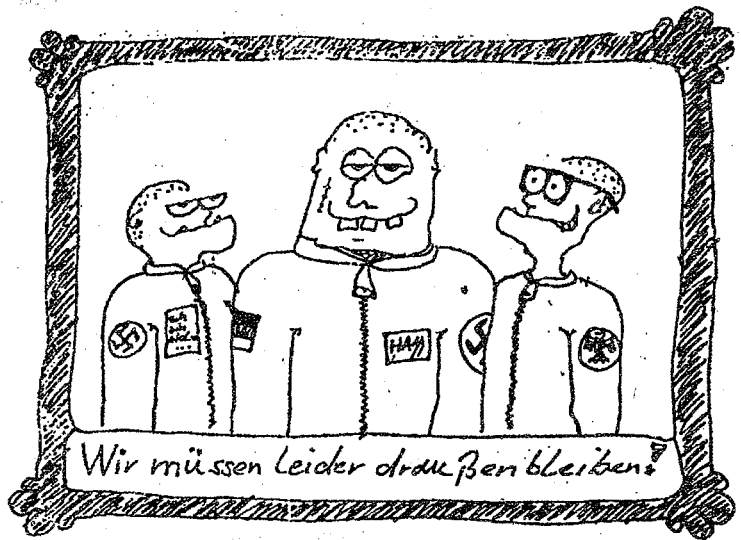
daumend herumstanden, sich eine Menge Ordner vor der Tür aufgebaut hatten. Der Versuch scheiterte auch daran, daß es keine Motivation gab, weil mensch gar nicht wußte wie es weitergehen sollte, wenn mensch im Saal ist. Das war wahrscheinlich eine der Hauptursachen unseres Versagens, daß wir gar nicht wußten, was wir wollten und uns nicht über Zweck und Ziel unserer Aktion im klaren waren. Es gab dann noch Versuche bei einem anderen Eingang in den Saal zu kommen, um den Hörsaal in Ketten herumzugehen und einen Eingang zu blockieren, wo Jörg Haider hereinkommen sollte. Es kam dabei immer wieder zu Auseinandersetzungen mit dem Ordnerdienst. Als Jörg Haider dann wirklich kam — allerdings aus einer unerwarteten Richtung — reagierten wir teils zu langsam oder gar nicht.

Vor der mißlungenen Aktion schätzten wir auch den Saalschutz falsch ein. Er war massiver und organisierte, als es die meisten von uns erwartet hatten. (Es gab beim Ordnerdienst auch militante Aktivisten der Faschoszene. z.B. Leute, die früher ANR-Kader

waren.) Wir hatten nur Glück, daß der Saalschutz uns nicht mit aller Gewalt, sondern mit Zurückhaltung entgegentrat. Sonst wäre unsere Unterlegenheit noch deutlicher gewesen. Diese Unterlegenheit hatte ihre Wurzel auch in unserem schwachen Willen. Dieser wäre dann komplett verloren gegangen.

Unsere Gruppe war in sich überhaupt nicht solidarisch. Wurde eineR von den Ordnern aus der Gruppe gezogen, dauerte es viel zu lange, bis sich welche bereit fanden, ihr/ihm zu helfen. Wir standen auch oft untätig in der Gegend herum und konnten uns nicht entscheiden irgendetwas zu tun. Wir machten uns lächerlich, begafft von den dort anwesenden Menschen, wie eine unbekannte Spezies. Wir schafften es nicht einmal im Ansatz eine Aktion gegen eine faschistische Veranstaltung durchzuführen und diese zu vermitteln.

Nach dieser Niederlage frustriert zu sein ist durchaus legitim. Doch dieser Frust bringt uns nicht weiter. JedeR muß sich selbst fragen, ob sie/er entschlossen ist, den Faschismus und dem System, das ihn hervorbringt, etwas entgegenzusetzen. Es ist auch notwendig auf Plena zu besprechen, wieviel mensch riskieren will, und danach sollte der Entschluß gefaßt werden, wie mensch handelt. Dieser Entschluß muß allerdings von



allen entschlossen mitgetragen werden. Unser Scheitern zeigt, daß wir unfähig sind eine antifaschistische Aktion im größeren Rahmen durchzuführen. Wir müssen an unseren Strukturen und vor allem an uns selbst arbeiten.

Es ist Unsinn zu glauben, daß die FaschistInnen im Vorteil wären, da sie straff und autoritär organisiert sind. Organisation hat nicht unbedingt etwas mit Macht zu tun. Wir sind vielmehr den FaschistInnen überlegen, da wir eigenständig denkende Individuen sind (oder sein wollen) und bei den FaschistInnen nur sehr wenige denken dürfen. (Was nicht heißen soll, daß nicht jedeR zum eigenständigen Denken befähigt wäre.)

Trotz scharfer Kritik, Liebe + Kraft für Künftiges!

Materialien zu Rostock und Österreich

— Teil 3 —

In den letzten beiden TAT-blättern haben wir versucht, die zunehmende rassistische Gewalt zu dokumentieren und zur Diskussion zu stellen. Diese Ausgabe der "Materialien" setzt sich wie folgt zusammen:

- eine — zwangsläufig unvollständige — Chronologie rassistischer Übergriffe im Österreich des Jahres '92;
- ein Text einer militanten Antifagruppe;
- noch ein Text zu Mannheim und eine Antwort darauf. Diese Texte problematisieren einerseits einiges an Umgangsweise mit rassistischer Bedrohung. Andererseits sind sie Ausdruck der gegenseitigen Klischees von den "reflexionsfixierten StubenhockerInnen" und den "machistischen Dummantifas".

Wider Erwarten kann die Diskussion jetzt auch auf der Grundlage von Texten aus Österreich fortgesetzt werden. Wünschen täten wir uns aber, daß sich die Papiere und Disketten bei uns türmen!

Antifaschistische Aktionen

Folgenden Brief fanden wir in unserer Post:

Wir sind eine Gruppe, die sich vor einiger Zeit zusammengefunden hat, mit dem Ziel, hier in Österreich mit militanten Aktionen einzugreifen.

Wir glauben nicht, daß militante Aktionen der einzige Weg sind um gegen die Herrschenden vorzugehen, im Gegenteil: Für sich alleine sind sie auch nur der/ein Tropfen auf den heißen Stein. Zu wirklichen Veränderungen wird es erst kommen können, wenn sich sehr viele Menschen beteiligen, sich organisieren und auf breiter Front gegen die herrschende Politik vorgehen. Militante Aktionen können dabei nur ein Bestandteil sein im gemeinsamen Kampf.

Nur Widerstand können wir derzeit nur in schwachen Ansätzen wahrnehmen. Von einer revolutionären Bewegung ist keine Spur. Und es wird auch noch viel Zeit und Arbeit kosten den Weg dahin zu finden — aber diese Zeit ist längst nicht mehr vorhanden. Wir sehen alle, was hier in Österreich im Rest des "freien demokratischen", eben imperialistischen Europa passiert. Österreichs Grenzen werden militärisch gegen Flüchtlinge abgeriegelt und die Medien jubeln über die steigenden Zahlen von gefangenen und wieder abgeschobenen Menschen. Österreich als östlicher Verteidigungswall der Festung Europa. Und im Landesinneren ist das Apartheidsystem gegen Menschen nicht-weißer Hautfarbe auch längst vollzogen. Nicht West-Europäer sein, heißt nach österreichischem Recht, ein Mensch zweiter oder gar dritter Klasse zu sein. Heißt, endlosen Schikanen durch die Fremdenpolizei, das Arbeitsamt, die diversen Mietwucherer, die Chefs am Arbeitsplatz ausgesetzt sein. Heißt womöglich, illegal hier leben zu müssen in ständiger Angst, festgenommen und abgeschoben zu werden. Heißt von allen Seiten der Würde, als Mensch beraubt zu werden. Ständig und überall. Per Gesetz wird eine große Gruppe von Menschen zur defacto rechtlosen Unterklasse erklärt. Auf der medial öffentlichen Ebene bewegt sich eine FPÖ unter ihrem Führer Haider, die verbal und am liebsten wohl auch praktisch "Ausländer raus" propagiert. Da wird in aller Öffentlichkeit über die Umvolkung der deutschen Rasse debattiert. Da werden mit "das Boot

ist voll" Parolen Ängste geschürt und zu kanalisieren versucht. Die Ergebnisse einer solchen Politik sind heute unter anderem in der BRD zu sehen. Und solche Zustände wollen und werden wir nicht dulden. Beispiele für den immer offeneren und offensiveren Rassismus in diesem Land gäbe es auch noch jede Menge. Und das sind die Punkte, an denen wir eingreifen/angreifen wollen. Wir glauben nicht, daß wir noch Zeit haben auf eine große antirassistische Bewegung zu warten, werden uns aber weiterhin an deren Aufbau beteiligen. Daneben haben wir uns aber entschlossen, hier und heute militant gegen die vorzugehen, die für diese Politik und deren Durchsetzung verantwortlich sind und gegen die, die am Rassismus durch billige Löhne und Mietwucher verdienen. Jede Abschiebung kann ein Todesurteil sein, jede tägliche Schikane ist ein Stück Zerstörung der Würde eines Menschen.

Wir wollen versuchen mit unseren Angriffen die Verantwortlichen und ihre Helfershelfer zu benennen, sie öffentlich machen. Und wo immer dies möglich ist, wollen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Maschinerie stören, Abläufe behindern oder gar verhindern! Sabotage als Weg zur Durchsetzung unserer Ziele von einem Leben in Würde und Freiheit. Unsere Angriffe werden sich richten gegen alle Institutionen, die an der Durchsetzung der Politik der Arpartheid in Österreich beteiligt sind. Jeder Hausbesitzer, der sich an der Bettenvermietung in Massenquartieren eine goldene Nase verdient und jeder Arbeitgeber, der an Sklavenlöhnen verdient, sollte sich in Acht nehmen. Ebenso sollte jeder organisierte Faschist wissen, daß wir ihn finden können, wenn wir das wollen. Wir sind uns bewußt, daß wir dieses Spektrum nicht abdecken können, daß wir nur hin und wieder und an einzelnen Stellen unsere Antwort hinterlassen können. — Aber genau das haben wir vor. Um dies zu tun und in der Hoffnung, daß sich viele andere Gruppen dazu entschließen, sich an dieser Politik mit ihren Möglichkeiten zu beteiligen, jede und jeder mit ihren/seinen Möglichkeiten und Erfahrungen: Das heißt für uns, militanten Widerstand als etwas Phantasievolles begreifen, in der jede/r sich fragt was er/sie will und kann, um dann die eigenen Aktionen in eine breite Front antirassistischen Widerstands stellen zu können. Das

heißt für uns, die ganze Palette an Möglichkeiten nutzen, um hier eine breite Bewegung aufzubauen. Das fängt bei legaler Propaganda-Arbeit, Info-Tischen, Flugis und Plakate kleben an geht weiter bis zum Unterstützen von Flüchtlingen oder Verstecken derer, über Sprühen gehen, die Adressen von Faschisten zu benennen, Kundgebungen und Demos zu machen bis hin zu militanten Angriffen. Jede und jeder sind aufgerufen, seine/ihre Möglichkeiten zu entdecken und zu nutzen, damit die verschiedenen Formen des Widerstandes gleichberechtigt nebeneinander stehen können, sich aufeinander beziehen können. Wir haben eine Chance und sollten keine Zeit mehr verlieren, sie auch zu nutzen und uns lautstark zu artikulieren. Je mehr sich jetzt entschließen, den Kampf zu beginnen desto öfter können wir eingreifen, desto breiter, vielfältiger und bunter werden unsere Aktionen.

Mobiles Antifa Kommando

Rostock in Linz: Polizei wie gehabt!

(TATblatt-Wien)

Nach der schnellen Aufklärung des rassistisch motivierten Anschlags auf eine bosnische Flüchtlingsfamilie in St. Georgen an der Gusen/OÖ (8. Oktober) wurde bekannt, wie sich die Linzer Polizei gegenüber faschistischen und rassistischen AktivistInnen verhält.

Bereits zwei Wochen ist es her, daß eine Gruppe von fünfzehn mit Schlagstöcken bewaffneten Jugendlichen ein Flüchtlingsheim in Linz zu überfallen versucht hatten. Die Linzer Antifa-Szene traf sich am Linzer Hauptplatz, um den Aufmarsch der jugendlichen Faschisten zu verhindern. Diese trafen sich aber an einem anderen Ort und konnten sich wahrscheinlich vorerst ungestört auf einen Angriff auf das Flüchtlingsheim vorbereiten. Vermutlich durch ein Eingreifen der Linzer Polizei wurde dieser aber verhindert.

Für die Linzer Polizei ist dieser Vorfall, obwohl er angezeigt worden war, allemal ein Grund, untätig zu bleiben: *"In den Chefetagen der Sicherheitsbehörden übt man sich im Beschwichtigen, zum Teil trifft man dort auf Ressentiments gegen Ausländer"*, schreiben die "Oberösterreichischen Nachrichten" in einem Kommentar am 9. Oktober.

Noch kurz etwas zu St. Georgen: Im 22-jährigen Andreas Plotz will die Polizei einen "Einzeltäter" gefaßt haben. Der Täter sei alkoholisiert gewesen, das Öl-Benzin-gemisch des Mollis stamme aus einem nahe des Wohnhauses der Flüchtlingsfamilie abgestellten Mofa: Folglich sei die Aktion eine "spontane Aktion" eines Alkoholisierten....

Der Täter hat Kontakt zu Linzer Fascho-Hools. ●

Unvollständige

Dokumentation rassistischer Anschläge in Österreich

seit 1.1.92

(TATblatt-Wien)

18.1.92: Brandanschlag mit Molotowcocktails auf eine Flüchtlingsunterkunft in Traunkirchen/OÖ. Die TäterInnen, VA-PO MitgliederInnen, werden von der Polizei verhaftet.

19.1.92: zahlreiche NS-Schmierereien in Klagenfurt. Die Schmierer wurden verhaftet.

7.2.92: Brandattentat auf das Auto eines Flüchtlings, sowie rassistische Schmierereien auf andere Autos im steirischen St. Margarethen. Der Attentäter, ein bekannter Rechtsextremist, wurde von der Polizei verhaftet.

19.3.92: Es werden NS-Schmierereien auf ein Flüchtlingsheim in Tirol/Kleinvoldernberg bekannt.

8.6.92: Brandanschlag auf Videothek in Wien 16. Die Videothek brannte vollständig aus. Die Polizei vermutet, daß das Attentat mit einem Plakat in der Auslage mit der Aufschrift "Gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazis" in einem Zusammenhang steht.

26.7.92: Brandanschlag und NS-Schmierereien auf Flüchtlingsheim in Kleinvoldernberg/Tirol.

30.7.92: In Wien 3 wird ein Flüchtlingsheim beschossen. Die Schüsse landen in einem Zimmer, in dem 17 Flüchtlinge schlafen.

11.9.92: Brandanschlag mit Molotow-Cocktails auf Flüchtlingsheim in Gutenstein/NÖ. AnwohnerInnen sahen danach ein Auto mit Wiener Kennzeichen davonrasen.

14.9.92: Rassistische und NS Schmierereien in Kapfenberg/Steiermark.

22.9.92: Brandanschlag auf Flüchtlingsheim in Kapfenberg/Steiermark.

25.9.92: 15 mit Schlagstöcken bewaffnete Jugendliche wollen ein Flüchtlingsheim in Linz überfallen. Durch die Anwesenheit der Polizei wird der Angriff verhindert. Trotz Anzeige verfolgt jedoch die Polizei den Fall nicht weiter.

8.10.92: Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in St. Georgen a. d. Gusen/Oberösterreich. Ein 22-jähriger mit angeblichen Kontakten zur Linzer Hooligan-Szene (lt. Tageszeitungen) wird am nächsten Tag verhaftet.

Bei all diesen Anschlägen — und das ist fast ein Wunder — gab es keine Toten oder Verletzten.

Ach ja, wir haben wenig Lust, nochmal so eine Chronologie zu schreiben — organisiert den revolutionären antifaschistischen Selbstschutz!

Und falls doch noch was passieren sollte: Schickt uns doch bitte unbedingt Ausschnitte zu diesem Thema aus den Lokalzeitungen! Danke. ●



Wehret den Anfängen?!

(Akin)

Folgendes erlebte ein Freund vergangene Donnerstag gegen 19³⁰ Uhr in der U-Bahn-Station Volkstheater: Zwei Jugendliche, ziemlich groß, gekleidet in Lederjacken mit Hakenkreuz-Emblemen, verlangten von einem Mann afrikanischer Herkunft eine Zigarette. Die Antwort, daß er Nichtraucher sei, verärgerte die beiden so, daß sie den Mann beschimpften und bedrohten. Einige Passanten reagierten sofort mit Zurufen wie "Haut's den Neger zamm" usw. Als die U-Bahn einfuhr, lief eine Frau zum Fahrer und bat ihn

die Polizei zu rufen. Als Reaktion kam nur die Bemerkung: "Wollns dann vielleicht a Stund auf a U-Bahn warten?"

Jedenfalls rief niemand die Polizei um Hilfe. Drei Männern gelang es im letzten Augenblick, den Mann in einen offenen Waggon zu drängen und ihn dadurch vor weiteren Angriffen zu retten. Das Schlimmste an diesem Vorfall ist wohl, daß die meisten Leute zuschauten und sogar erfreut gewesen wären, wenn die beiden Neonazis den Afrikaner verprügelt hätten.

Binge

Anti-Rassismus Mannheim

“Da es also nicht notwendig einen Antirassismus gibt, gibt es immer nur den Antirassismus, den man politisch herstellen kann.”
(Stuart Hall)

(Interim)

Anti-Mob

Die Ereignisse in Schönau bzw. vielmehr “unsere” politische Reaktion darauf hat uns in mancherlei Hinsicht betroffen gemacht. Die politische Heterogenität und Widersprüchlichkeit der Szene ist in der Praxis wieder einmal deutlich geworden. Wir halten das Problem der Angriffe auf Flüchtlinge bzw. der rassistischen Strukturen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft (und in der Linken bzw. dem, was von ihr übriggeblieben ist oder sich ihr zurechnet) für so zentral, daß wir es uns nicht leisten können, auf eine selbstkritische Reflexion, die auch eine harte Kritik, wo nötig, nicht aussparen darf, zu verzichten bzw. sie in kleinen In-Groups zurückzuhalten. [Wacht auf, Menschen in Österreich!]

Es sind tatsächlich sehr wenige Leute, die sich im Augenblick in diesem Konflikt für zuständig halten. Sofern wir ein Interesse daran haben, dieses Stadium zu überwinden, sofern wir ein Interesse an einer breiteren antirassistischen Bewegung und einer eben solchen Debatte, die auch praktisches Handeln einschließt, haben, müssen wir uns gründlichst fragen, was dazu nötig ist, unter welchen Bedingungen und ob wir tatsächlich alles, was möglich wäre, dazu beitragen.

Wir sind der Ansicht, daß einiges an dem Vorgehen in den vergangenen Wochen kontraproduktiv war.

Es sind nicht wenige gewesen, die sich an keiner Demonstration etc. beteiligt haben, weil sie sich außerstande sahen, die Haupttendenz der Mobilisierung in ihren politischen Aussagen mitzutragen. Binnen aller kürzester Zeit hat eine Depolitisierung des Konflikts stattgefunden, indem die Ebene der Auseinandersetzung sich in gewohnter Weise auf die zwischen DemonstrantInnen und Bullen beschränkte. Der eigentliche Anlaß ist sehr schnell in den Hintergrund getreten. Und das lag nicht nur an der staatlicherseits eingeschlagenen Polizeistrategie, sondern ist auch das Ergebnis der bewegungseigenen Dynamik, die, einmal in Gang gekommen, kaum mehr argumentativ aufzuhalten oder zu revidieren ist.

Die folgenden Thesen und Fragen, die verschiedene Komplexe der Ereignisse in und um Schönau betreffen, sollen, auch wenn viele sie als Provokation werten mögen, auf die Punkte hinweisen, von denen wir denken, daß ihre Klärung eine Grund-

bedingung für die Repolitisierung der gesamten Problematik darstellt.

Wir haben auf viele, im Grunde auf die meisten Punkte keine fertigen Antworten, was allerdings kein Grund sein kann, nicht immer wieder auf sie hinzuweisen oder sie zum Gegenstand der Auseinandersetzung — theoretisch oder praktisch — zu machen.

Die Angriffe auf die Flüchtlingskaserne in Schönau stehen insofern qualitativ auf einer neuen Stufe, als es hier nicht organisierte Faschisten sind (daß die Skins aus Landau für den 6.6. nach Mannheim projiziert wurden, könnte auch dem Wunsch nach dem alten und klaren Feindbild entsprungen sein), die hier zur Tat schritten oder schreiten wollten, sondern Teile der Bevölkerung eines überaus durchschnittlichen Stadtteils, der eher von Angehörigen der Unterschicht bewohnt wird (in anderem Zusammenhang auch liebevoll marginalisierte genannt). Von Leuten also, die mensch sonst dem theoretischen Anspruch nach eher als potentielle Verbündete betrachtet.

Es soll an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß gerade Autonomie sich diesem Teil der Gesellschaft verbunden wännen, wenn sie von der sogenannten Zweidrittelgesellschaft sprechen. Daß Armut nicht revolutionär macht, ist allerdings schon in anderen Entwicklungen deutlich geworden.

Der Konflikt

birgt also eine ganze Menge an politischem Sprengstoff — auch für das linke Weltbild. Es wäre logisch, anzunehmen, daß sich deshalb daran heftige und gründliche Debatten entzündten, in denen nach den Gründen gefragt und nach adäquaten politischen Antworten gesucht wird.

Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Über das Problem ist überhaupt nicht gesprochen worden.

Ohne Worte verständigte mensch sich mit einer Leichtigkeit und ohne großen Argwohn — was in Anbetracht der deutschen Geschichte mehr erzeugt als nur Betroffenheit — auf den Begriff “Mob”, der nun als Bezeichnung für AngreiferInnen, Schaulustige und zu Hause gebliebene BewohnerInnen des Stadtteils (bisweilen bezieht er sich auf die Bevölkerung überhaupt) gleichermaßen benutzt wird. (Daß die Bullen ihn sogleich aufnahmen und die gleiche Vokabel anwenden stört in diesem Fall scheinbar niemanden.)

Wir kritisieren den Begriff auf verschiedenen Gründen:

- Er steht in der Tradition von nazistischem Sprachgut, vom “Mob” ist es nicht weit zu den “Ratten” und “Schmeißfliegen”, oder wie es auf “unserer” Seite in Schönau in Straßendiskussionen gefallen ist: “Asoziale”.

- Weiterhin ist der Begriff historisch bereits besetzt, und zwar in verschiedenem Sinn: Als “Mob” wurden etwa um die Jahrhundertwende die Pariaschichten der sich bildenden ArbeiterInnenklasse bezeichnet, die noch nicht in den kapitalistischen Ausbeutungszyklus integriert waren, zB. diejenigen, die ihre Arbeitskraft noch nicht in den Fabriken verkaufen “durften” und als Prekäre ihr Dasein fristeten.

- Auch die KämpferInnen in den Straßen LA’s wurden mit diesem Etikett versehen.

- Und nicht zuletzt war er in den 70ern lange Zeit Bezeichnung für die radikalen Teile der Linken.

Indem er das Bild einer wutschnaubenden, sich geifernd zusammenrottenden Meute transportiert, werden im Grunde mit

Ohne Worte verständigte mensch sich mit einer Leichtigkeit und ohne großen Argwohn — was in Anbetracht der deutschen Geschichte mehr erzeugt als nur Betroffenheit — auf den Begriff “Mob”, der nun als Bezeichnung für AngreiferInnen, Schaulustige und zu Hause gebliebene BewohnerInnen des Stadtteils (bisweilen bezieht er sich auf die Bevölkerung überhaupt) gleichermaßen benutzt wird.

seiner Verwendung die allgemeinen Rassismen verharmlost und sogar geleugnet, er gibt dem Ereignis Ausnahmecharakter. Wieder einmal weicht mensch zurück vor dem strukturellen Rassismus (von dem auch wir nicht unberührt sind!!), der diese ganze Gesellschaft durchzieht, wieder einmal wird der Versuch unternommen, ihn zu personalisieren und ihn damit scheinbar auf einen bestimmten Personenkreis zu begrenzen.

So ist bei der nicht stattgefundenen Diskussion unter den Tisch gefallen, daß sich auch in Schönau ansässige ausländische Jugendliche auf Seiten der RassistInnen befanden. Das paßt nicht ins Bild, also übertünchen wir es vorzugsweise.

Der Begriff “Mob” steht als Synonym für nicht geführte politische Debatten, für das Verdrängen der Brisanz der Problematik in den eigenen Reihen, für das Nicht-Begreifen-Wollen dessen, was sich hier alltätlich abspielt.

Und das ist charakteristisch für die Diskussionsverfahren in der Szene: Die Ver-

wendung von Schlagwörtern, die vermeintlich klar definiert sind, als Ersatz für eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Sofern wir die Option auf die Veränderung eben dieser Verhältnisse aufrechterhalten, muß aber eine gründliche Kenntnis der Ausgangspunkt des politischen Handelns sein. Sonst geht das zwangsläufig in die Hose.

Der Aufruf für die Demo am 6.6. bildet die Fortsetzung all dessen, was in dem Begriff "Mob" bereits angelegt ist. Das erste, was an ihm zu kritisieren ist und zu Recht viele Leute abgeschreckt hat, sind seine Aufmachung und seine Sprachregelung (die vom Inhalt nicht klar zu trennen ist).

Ein Vergleich mit der Propaganda des 3. Reiches würde wenig Schmeicheles zu Tage befördern. In der Überschrift "Aufruf

schem Sinn der Anschein erweckt, als ließe sich das Problem der rassistischen Übergriffe von uns durch körperliche Auseinandersetzung beheben. Wir finden es auch problematisch, daß einige Leute nun nicht selten davon phantasieren, "den Stadtteil zu klatschen" ... "Klatschen", das soll hier mal ganz klar gesagt werden, ist die Vokabel der RassistInnen für "verprügeln" und schlimmeres.

Realität in Mannheim ist gewesen, daß die Bullen die Flüchtlinge geschützt haben. Ob uns das paßt oder nicht, war das gut so und nicht schlecht. Wir brauchen deshalb nicht gleich FreundInnen der Polizei zu werden, aber ohne sie hätte Schlimmeres wohl nicht verhindert werden können. Wie funktional das Verhalten der Bullen real ist,

isch die Inexistenz von Rassismen überhaupt.

Es gibt einige Anzeichen dafür, daß wir selbst einer solchen Verbreiterung durch unser bisheriges Verhalten im Wege stehen:

- Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, sind unsere Demos "rein deutsch". Das kann nicht nur daran liegen, daß AusländerInnen in der BRD nicht unter Rassismen verschiedener Spielart zu leiden hätten, ebensowenig daran, daß sie kein Interesse daran haben, dies anzuprangern und sich zur Wehr zu setzen.

- "Unsere" Demos sind nicht offen — durch Habitus, Kleidung, Verhalten. Viele Menschen haben Angst vor Auseinandersetzungen mit den Bullen, die auch von unserer Seite oft nicht mit der nötigen Verantwortung geführt werden.

- In Mannheim und auch in Frankfurt bei anderer Gelegenheit schon vorher haben wir festgestellt, daß AusländerInnen bzw. PassantInnen oft nicht wissen, ob wir nun "Pro" oder "Contra" sind oder uns sogar für FaschistInnen halten. Wenn unsere Demos offensichtlich nicht einmal geeignet sind, unsere Parteilichkeit eindeutig zu vermitteln, dann sollte uns die Identifizierung und Aufhebung der Gründe auf [bzw. unter?] den Nägeln brennen.

- Gerade in den Mannheim Mobilisierungen hat sich wieder einmal die Unfähigkeit gezeigt, über die eigene Familie hinaus zu organisieren. Da wird auf der einen Seite von bundesweiter Mobilisierung geredet und auf der anderen ist mensch auf persönliche Verbindung angewiesen, um letztlich zur rechten Zeit am rechten Ort zu sein, da werden Demozeitpunkte und Demotreffpunkte nach Belieben verschoben. Wer nicht die Zeit oder Lust oder Möglichkeit hat, seine Tage auf diversen Plena zu verbringen, bleibt auf der Strecke. Solche Organisationsmodi zeugen von Arroganz und Selbstzentriertheit.

Speziell in Bezug auf die Frankfurter Aktivitäten in Mannheim stellen sich uns noch ein paar weitere Fragen, die wenigstens im Nachhinein einmal bedacht werden müßten:

- Sehr schnell nach Bekanntwerden der Vorfälle in Mannheim und ohne intensive

...haben wir festgestellt, daß AusländerInnen bzw. PassantInnen oft nicht wissen, ob wir nun "Pro" oder "Contra" sind oder uns sogar für FaschistInnen halten.

zur Vertreibung des deutschen Mobs aus den Straßen von Schönau" brauchen wir nur das Wort "deutsch" durch "jüdisch" beispielsweise zu ersetzen und sie könnte gut und gerne aus einer anderen Zeit stammen.

Darüber hinaus ist er getragen von Omnipotenzphantasien [Duden Fremdwörterbuch *Omnipotenz*: a) göttliche Allmacht; b) absolute Machtstellung], an denen noch das unwesentlichste ist, daß sie lächerlich wirken angesichts der realen Machtverhältnisse und der realen Szeneverhältnisse. Wir fragen uns vor allem, welche Saubermannentalität hinter solchem Ansinnen verborgen ist.

(Wir möchten in diesem Zusammenhang auch an die überaus aggressiven Äußerungen einiger — männlicher — Kriegsstrategen erinnern, die allen Ernstes — und das fast unwidersprochen — die Unumgänglichkeit des Einsatzes von Leuchtspurnmunition — gemeint waren Signalpatronen — behaupteten. Zur Erläuterung: Einige Frauen hatten die Kritik vorgebracht, Signalmunition treffe zT. die eigenen Leute und vor allem die Kinder der Flüchtlinge seien erschrocken. Ganz allgemein hat die Rumknallerei bei jeder Gelegenheit den Effekt, PassantInnen zu erschrecken und zu verängstigen.)

In den Medien herrschte bekanntlich Stillschweigen über die Dinge, die sich an der Flüchtlingskaserne zugetragen haben. Der Aufruf kommt dennoch ohne jegliche Information über die Ereignisse aus. Es drängt sich der Eindruck auf, daß über die eigenen Kreise hinaus keine Mobilisierung erwogen und es für ausreichend gehalten wurde, "die Familie" zu bewegen.

Letztlich reduziert sich seine Aussage auf die Aufforderung, sich in Schönau mit dem sogenannten Bürgermob zu kloppen. Mal beiseite gelassen, wieviel Leute dazu willens und in der Lage sind (nicht verbal, sondern real gesehen!), wird damit in politi-

konnte ja nicht zuletzt anlässlich der fast zeitgleich stattfindenden Überfälle auf Flüchtlingslager in Freiberg/Ex-DDR durch Bullen nachvollzogen werden. Das ändert aber nix daran, daß die Dinge in Schönau anders lagen. Und auch nix an der Frage, warum wir eigentlich nicht nach Freiberg mobilisiert haben.

Zu beanspruchen, "wir" könnten diesen Schutz übernehmen, ist nicht nur lächerlich. Es ist auch unverantwortlich, weil wir, realistisch gesehen, dazu überhaupt nicht in der Lage sind, schon gar nicht die FrankfurterInnen in Mannheim. Rein zahlenmäßig nicht und auch von der Verbindlichkeit her nicht.

Es ist notwendig, die Konsequenzen aus den "Grenzen der Aufklärung" zu formulieren und mal genau zu sagen, was es politisch bedeutet, davon auszugehen, daß die Mehrheit der Gesellschaft gegen die Anwesenheit der Flüchtlinge ist. De facto ist es wohl eher so, daß zumindest solche Überfälle, die die körperliche Integrität von Flüchtlingen in Frage stellen, von einem weitaus größeren Teil der Gesellschaft/des linken Spektrums abgelehnt werden als bisher auf den Demos repräsentiert waren. Sofern eine Verbreiterung der Mobilisierung gewünscht wird oder sogar auf die Entwicklung einer antirassistischen Bewegung hingearbeitet werden soll, stellt sich grundsätzlich die Frage, nach BündnispartnerInnen und die Frage nach den Kriterien für Bündnisse. U. E. [Unter Einschränkungen? Unseres Ermessens?] können die Kriterien keine ideologischen sein und potentielle Mitglieder einer Bewegung sollten alle sein können, denen es darum geht, die Interessen der Flüchtlinge zu unterstützen. Die Frage der Mittel, Methoden und Formen muß dabei zu Disposition gestellt werden können. Die Ablehnung von gewalttätigen Angriffen impliziert sicherlich nicht automat-

...wie läßt sich das "für sie" in ein "mit ihnen" umwandeln?

Versuche mit in Mannheim arbeitenden Gruppen in Kontakt und Diskussion zu treten, war ausgemacht, "die Mannheimer" seien nicht entschlossen genug (so hieß es bereits auf dem Plenum am 31.5.) und die Sache sei von Frankfurt aus anzugehen, wenn die nicht auf Linie sind oder zu bringen sind.

Wir bestreiten nicht, daß es Situationen gibt, in denen nicht lange gefackelt werden kann, sondern gehandelt werden muß. Die damals aktuell zugespitzte Situation war so eine. Dies konnte jedoch prinzipiell kein

Grund sein, die gesamte Mobilisierung beinahe ausschließlich in Frankfurt zu zentralisieren. Soweit wir wissen, ist diese etwas "metropolenzentrierte" Verfahrensweise nicht genügend problematisiert worden.

U.E. gehören Kenntnisse der Sozialstrukturen, eine gewisse Verankerung, Infrastruktur etc. zu den Grundlagen politischer Arbeit (durchschnittliche Fähigkeiten, einen Stadtplan zu lesen, sind nicht ausreichend); über all das können FrankfurterInnen in Mannheim gar nicht verfügen.

• Insofern stellt sich die Frage, welche Folgen [durch] unser Auftreten dort für die politische Situation im allgemeinen und für die Flüchtlinge im besonderen entstehen. Wo tragen wir und wo können wir unserer Verantwortung dafür überhaupt Rechnung

tragen? Mindestens müßten die Bedingungen und Grenzen einer Mobilisierung, die relativ ausschließlich von außerhalb gesteuert werden, Gegenstand der Diskussion werden.

• Wenn es wahr ist, daß sich in Schöna 250 Leute vor der Kaserne gesammelt haben, während wir in Sandhofen und im Zentrum demonstrierten bzw. demonstrieren mußten, dann können wir nicht einfach darüber hinweggehen.

• Die Mobilisierung nach Schöna war anfangs argumentativ darauf aufgebaut, den Schutz der Flüchtlinge in der Kaserne gewährleisten zu wollen; das ist auf der verbalen Ebene so geblieben, auch wenn sich die praktische Auseinandersetzung auf eine mit den Bullen verschoben hat.

Irgendwann sollte Thema sein, daß die Flüchtlinge selbst in diesem Kontext "eigentlich" die zentrale Rolle bei der Bestimmung unseres Widerstand einnehmen müssen. Wie stellen wir sicher, daß wir nicht über ihre Köpfe hinweg und am Ende gegen ihren Willen handeln; wie läßt sich das "für sie" in ein "mit ihnen" umwandeln? Wir denken, daß einzelne, mehr oder weniger intensive Kontakte dazu nicht geeignet sind, sondern vielmehr dieser Anspruch organisatorisch und inhaltlich seinen Niederschlag finden muß. Sonst laufen wir nicht nur Gefahr, sie zu unseren Objekten zu machen. Wir tun das dann wirklich. •

Anonyme AntirassistInnen
Juni 1992

In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod!

Kritik an den anonymen AntirassistInnen zu Mannheim in der Interim 201 (voriger Beitrag im Tb)

(Interim)

Als Beginn wäre zu erwähnen, daß dieser Text einige Klarstellungen beinhaltet, die die Aussagen der AutorInnen in ein anderes Licht setzen. Auf den Stil deren Textes und seine Absichten wollen wir nicht eingehen, weil der uns zuwider ist. Da die AutorInnen, wie sie zu Anfang erwähnen, zu den Wenigen gehören, die sich in diesem Konflikt für zuständig halten (Zitat), erdreisten sie sich, uns allen einen Eintopf aus positivem Rassismus, kleinbürgerlichem Harmoniebedürfnis, Herrschaftssprache und Wiedergabe kapitalistischen Frauenbildes zu servieren, den wir artig schlucken sollen.

Als Erstes erfolgt die Behauptung, daß durch unsere Vorgehensweise in Schöna die Bullen erst in den Konflikt mit einbezogen wurden und dies zur "Depolitisation" der Auseinandersetzung geführt hätte. Durch diese Behauptung machen die AutorInnen ihr Verhältnis zu den "wahren Beschützern" (Zitat) des Heims deutlich. Die Bullen haben das Flüchtlingsheim, die Gebäude geschützt, den Rassistenmob aber niemals vertrieben. Dieser durfte in aller Ruhe Angst und Schrecken verbreiten, und falls sich tagsüber mal ein Flüchtling aus dem Haus traute, wurde eben ein paar Ecken weiter seine "körperliche Integrität in Frage gestellt" (Zitat). Um es klar zu machen, wir wissen, daß die Bullen lieber auf der Seite des Mobs, als vor dem Heim gestanden hätten. Dies untermauerten sie ständig in ansprechenden Kommentaren und das wußten wir auch schon vor Mannheim. Uns war klar, daß wir an einer Auseinandersetzung mit der größten rassistischen Organisation der BRD, den Bullen, nicht vorbei kommen würden. Daß mensch nicht immer mehrere Semester Zeit hat, um alles bis ins Kleinste durchzudiskutieren, durfte, in Anbetracht der Situation, wohl fast allen klar sein. Daß es immer einige NörglerInnen gibt, die, den Burgfrieden mit

den Faschisten genießend, lieber in heimischen Löchern sitzen und die Schrecklichkeit der Welt beklagen, können und wollen wir auch nicht mehr berücksichtigen. Die Frage, warum sich relativ wenige Leute vor Ort eingeklinkt haben, sollten und können die sich wohl besser selbst beantworten. Auf allen Plena, vor dem ersten Runterfahren, wurde, zu unserem Erstaunen, sogar recht schnell eine konsequente Haltung aller Beteiligten gegenüber dem Mob als Konsequenz vereinbart. Soviel zu den lieben Vorwürfen Rechts=Links, Bullengewalt=Antifagewalt bzw. Antifas wollen und können nur prügeln.

Nun folgen im Text einige Nichtigkeiten zum Thema Perspektiven und Inhalte. Hierin stellen die AutorInnen unter Beweis, daß sie nicht nur "solidarisch kritisieren", sondern auch "selbstlos repolitisieren" können und dabei nie den Bezug zu ihrem obskuren Objekt der Begierde verlieren: den Bürgern. Nun wird auch klar, warum sie, die AutorInnen, so verängstigt auf den Angriff gegen ihr Potential reagieren. Uns ist aufgrund theoretischer und praktischer Auseinandersetzungen schon lange klar, daß mit der bürgerlichen Gesellschaft keine Politik mehr zu machen ist, es spielen bei uns ideologische Gründe die Hauptrolle bei der Auswahl von BündnispartnerInnen.

Weiterhin werft ihr uns vor, daß wir speziell am 6.6. Skins von Landau nach Schöna projiziert hätten, damit wir ein klares Feindbild hätten (6.6. Faschokonzert im 30 km entfernten Landau beim Baden-Württembergischen DVU-Vorsitzenden; trotz Polizeiverbot waren ca. 120 zT. bundesweit bekannte Faschisten vor Ort). Tatsache ist, daß von diesem Konzert aus gewalttätige Faschisten hätten agieren können. Eine Nichtbeachtung hätte fatale Folgen haben können, da sie eine willkommene Bereicherung für den nicht minder gefährlichen Rassistenmob dargestellt hätte.

Nun folgt in eurer Niederschrift der demagogische Teil. Als erstes kritisiert ihr den Einsatz von Leuchtspurmunition: Signalmunition wird von uns, nicht weil sie so schön bunt ist und laut knallt, benutzt, sondern soll bewußt zu Einschüchterungs-, Verteidigungs- und Angriffszwecken auf Distanz verwendet werden. Auch hier zweigt sich wieder, hinter der Fassade antirassistischer Politik, der/die zitternde und um Ruhe schreiende BürgerIn. Wenn Kinder weinen, weil es knallt, so ist das für euch Ausdruck patriarchalischer Gewaltgeilheit, doch nicht nur Kindern vergeht sehr schnell das Schreien, wenn sie, wie in Hünxe, brennend im Bett liegen.

Nun zu dem von euch propagierten Frauenbild: Scheinbar ist es für euch ein perverser Gedanke, daß Frauen Nazis mit Leuchtspur oder, allgemeiner gesagt, mit körperlicher Gewalt bekämpfen. Diesen Punkt ignoriert ihr einfach. Frauen sind die passiven, die sich lieber auf ihre klassischen Rollen besinnen sollten, schreiende Kinder und PassantInnen zu beruhigen, sowie auf die gewalttätigen Männer besänftigend einzuwirken. Soviel zur "Repolitisation". Aus euren Sätzen entnehmen wir, daß FaschistInnen für euch keine persönliche Bedrohung darstellen. Euch geht es nur darum, mit dem Bild der bedrohten Flüchtlinge einen positiven Rassismus zu schaffen, der eure BündnispartnerInnen betroffen macht und sie euch in die Arme treibt. Unter dem Motto, die Interessen der Flüchtlinge zu vertreten, leugnet ihr eigene Interessen und damit auch euch selbst (der Flüchtling als Über-Ich). Wer sagt euch, daß unter den Flüchtlingen alle edel und gut sind, uns geht es darum, daß Menschen aus Notlagen hierherkommen und einfordern, was ihnen zusteht. Das Recht haben wir jedoch genauso, und wenn wir das so klar formulieren, verlieren wir ganz schnell die vermeintlichen BündnispartnerInnen. Dann tauchen alle ab in den Sumpf der Volksgemeinschaft, die etwas zu verlieren haben und nicht solidarisch zusammen mit allen Ausgebeuteten teilen oder es sich von den Bonzen zurückholen wollen. Wenn es euch um Masse statt um Klasse geht, könnt ihr jede wirkliche fortschrittliche Forderung der Flüchtlinge vergessen.

Und Tschüß
Antifa Frankfurt (G), Antifa Frankfurt (U)

(Plattform gegen die neue Wohnungsnot, TATblatt-Wien)

Wahrscheinlich sind sie allen von uns bekannt, die zeitlich befristeten Mietverträge. Eigentlich gäb's die ja laut Mietrecht gar nicht, wenn nicht — ja, wenn's da nicht ein paar Ausnahmeregelungen gäbe.

Eine davon ist

die Möglichkeit von sogenannten Ausbildungsverträgen ("Studentenmiete"); das heißt, mit Beendigung oder Abbruch der Ausbildung bzw Ablauf einer bestimmten Frist (meist 5 Jahre) läuft auch das Mietverhältnis aus. Von diesen wird hier nur am Rande die Rede sein.

Um einen Leerstand der Wohnungen bei vorgesehener Sanierung zu vermeiden, wurden die Möglichkeiten der ein- und halbjährigen Befristung eines Mietverhältnisses vom Gesetz eingeräumt: Der auf maximal 1 Jahr befristete Hauptmietvertrag erlischt ohne Kündigungsgrund nach Ablauf der Frist; der Halbjahresvertrag wird ebenfalls nach Ablauf der Zeit ohne Kündigung aufgelöst, wobei dieser aber noch die Besonderheit aufweist, daß er noch dazu die Gültigkeit des Mietrechtes für die betreffende Wohnung aufhebt. Das heißt zB, daß die Miethöhe vom Vermieter beliebig hoch festgesetzt werden kann.

Und genau diese gesetzlichen Ausnahmen sind es, die von den Spekulanten skrupellos angewendet und beinahe schon zur Regel gemacht werden.

Betroffen davon sind fast ausschließlich Migrantinnen und Migranten. Ein Mietpreis von mehr als 150.- Schilling/m² für miesesten Substandard (oft ohne Gas, Strom, Wasser) ist keine Seltenheit — und gesetzlich gedeckt. Dazu kommen noch — ebenso wie bei den 1-Jahresverträgen — die Kosten für den ständigen Wohnungswechsel.

Der Verkaufswert eines Hauses steigt mit der Zahl der leerstehenden Wohnungen. Ein saniertes Haus bringt keine unmittelbaren Extra-Gewinne, erst auf längere Sicht läßt sich durch frei vereinbarte Mieten nach Standardanhebungen Geld machen. Doch schneller Wieder- und Weiterverkauf ist lukrativer. Also müssen so schnell wie möglich mit allen (auch kriminellen) Methoden die spekulativ angekauften Häuser "entmietet" werden; genauer gesagt: von allen durch das MRG geschützten Mietenden. Die leergemachten Wohnungen werden dann bevorzugt an MigrantInnen so lange mittels Kurzzeitverträgen zu hohen Preisen vermietet, bis der Weiterverkauf abgewickelt ist. Mangels anderer Alternativen "drängen" die Menschen geradezu auf diesen "Markt". Die 6-Monats und 1-Jahresverträge ma-

Mietrecht fördert Fremdenfeindlichkeit

Die Spekulation mit Wohnungen steht in voller Blüte. Die Folgen davon sind nicht nur akute Wohnungsnot bei Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, sondern darüberhinaus auch eine massive Förderung von Rassismus.

chen die Wohnungssuchenden zu einer variablen, risikolosen schröpfbaren Masse.

Aber nicht nur finanziell werden die MigrantInnen von den Spekulanten ausgenutzt, auch für deren Absiedlungsstrategien müssen sie herhalten: Führen wir uns einmal den Normalfall vor Augen: Eine 30 m²-Substandardwohnung wird zu 6.000,-/Monat an eine Familie vermietet. Weil es keine andere Möglichkeit gibt, muß die Wohnung trotz des zu teuren Preises genommen werden. Um sie leistbar zu machen, ziehen noch einige Leute ein. Es kommt zu Problemen:

- für die übrigen AltmietlerInnen ungewohnte Lärmsteigerung durch den "Überbelag" der Wohnung und damit verbundenen erhöhten Konfliktsituationen

- Haustorsperre: Die neuen MieterInnen bekommen von der Hausverwaltung ganz bewußt nur einen einzigen Haustorschlüssel. Das zwingt die schlüssellosen MitbewohnerInnen nachts entweder vor dem Fenster lautstark auf sich aufmerksam zu machen, oder aber das Haustorschloß unbrauchbar zu machen. Was wiederum zur Folge haben kann, daß sich vermehrt fremde Personen im Haus aufhalten, vor denen die BewohnerInnen Angst haben.

- Gemeinschaftsbenutzung des Klos: Nach geltenden Regeln muß für je 2 Hausparteien eine Gangtoilette zur Verfügung gestellt werden. Auch hier kommt es nun natürlich zu einem eklatanten "Überbelag".

- Bassena: Mangels an Waschmöglichkeiten in der Wohnung wird die Bassena am Gang benutzt. Wer selbst schon mal eine benutzt hat, weiß, daß es einfach unmöglich ist, sich auch nur die Hände zu waschen, ohne rundum alles naß zu machen. Also haben die MitbewohnerInnen wieder einen Stein des Anstoßes.

Alles in allem verschlechtert sich für die AltmietlerInnen subjektiv die Wohnqualität deutlich. Mit jeder weiteren, auf diese Art vermieteten Wohnung potenzieren sich die Probleme. Die "Schuldigen" liegen natürlich klar auf der Hand: die "Ausländer". Für die KurzzeitmieterInnen stellt sich die Situation so dar:

- kein Mensch wird in eine Wohnung investieren, von der sie/er weiß, daß sie/er sie in 6 Monaten wieder verlassen muß. Das ist

eine geradezu ideale Ausgangssituation für die Verslumung ganzer Häuser und Wohnviertel

- eine Integration der neuen MieterInnen in die Hausgemeinschaft oft ist aufgrund der Kurzfristigkeit, der Sprachschwierigkeiten und der starken Fluktuation faktisch unmöglich
- die Betroffenen

sind sich ihrer isolierten Lage sehr wohl bewußt, können aber die Isolation nicht durchbrechen, im Gegenteil: Ihr Wissen um die extreme Ausbeutung ihrer Notlage schafft Aggressionen gegenüber den AltmietlerInnen, die ja in ihren Augen in einer geradezu privilegierten Situation leben.

Alles zusammen führt nicht nur zu den von den Absiedlungsstrategen gewollten Konflikten im Haus, sondern schafft bei den AltmietlerInnen auch eine gehörige Portion Wut auf die "Ausländer", denen, ohne zu hinterfragen, die ganze Schuld an der verschlechterten Wohnsituation zugewiesen wird. So wird Rassismus gemacht.

Aber damit noch nicht genug. Für die betroffenen Personen gibt es noch ein paar Erschwernisse: Durch den ständigen Ortswechsel kommt es zu einem permanenten Wechsel des sozialen Umfeldes, es können sich keine festen sozialen Beziehungen entwickeln. Ist eine solche Situation schon für Erwachsene äußerst schwierig, so ist sie für Kinder umso problematischer.

Zuletzt reiben sich die Spekulanten die Hände: Durch alle möglichen Mittel (physischer und psychischer Terror) werden die AltmietlerInnen zum "freiwilligen" Auszug gebracht — und verlieren somit den Anspruch auf Kostenersatz und Ersatzwohnungen; die KurzmieterInnen müssen zwar oft hohe Ablösen und horrenden Mieten zahlen, gehen aber am Ende ebenfalls leer aus. Die Gewinner stehen fest...

Aber nicht mehr lange:

**Fr, 6. Nov. 92:
Demonstration gegen
Mietenwucher und
Wohnungsnot; Treffpunkt:
16.00 Uhr, Keplerplatz.**

Betroffene und Leute, die nicht mehr länger zuschauen wollen finden Gleichgesinnte bei der "Plattform gegen die neue Wohnungsnot", 1020 Wien, Nestroyplatz 1/20a; Tel: 0222/216 28 07, Mo, Di, Do 8.00-12.00, Fr 14.00-18.00
Treffen: Jeden Di, 19.00 Uhr, "Wirt im Eck" (1020, Praterstr. 22)

St. Johann in der Haide

Der Kampf gegen den Müllberg

(gekürzt aus: "Geschriebenstein" — Zeitschrift für Gesellschaft und Kultur; Nr 7a/92; Text: Richard Neubauer und Thomas Vlassits; Foto: Thomas Vlassits) Gegen die Interessen der betroffenen Bevölkerung soll im Ghartwald-Nord ein 29 Meter hoher Müllberg in den Himmel wachsen. Trotz anhängiger Verfahren bei Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof wurde mit den Rodungen begonnen. Abgeschildert durch einen Drahtzaun und Gendarmen kreischten am Donnerstag, 11. September die Motorsägen. Die jahrelang artikulierten Bedenken der BI St. Johann und der angrenzenden Gemeinden wurden schlichtweg ignoriert.

An den Aktionstagen vom 11. bis 14. September haben die Menschen aus der Umgebung der geplanten Müllkippe mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß derartige Megaprojekte nicht mehr gegen Lebensinteressen durchgezogen werden können. Es ist kein Spaß, wenn eine Gefährdung des Grundwassers nicht ausgeschlossen werden kann. Es gibt viele gute Argumente gegen die geplante Mülldeponie im Ghartwald. Wenn diese aber ungehört bleiben, gar ignoriert werden, bleibt nur mehr gewaltfreier Widerstand.

Ja, ja, wir brauchen Mülldeponien, wir alle sind es, die den Berg des Gestankes und der schwelenden Krankheiten anhäufen. Der erhobene Zeigefinger weist aber sehr häufig auf jene, die nur für wenige Prozent des Abfalls verantwortlich zeichnen. Industrie und Gewerbe verursachen den größten Anteil des Müllberges.

Am Donnerstag, den 10. September 1992 setzte im Ghartwald der aktive, friedliche Protest ein. Der Widerstand ging quer durch alle Bevölkerungsschichten. Jung und Alt, Reich und Arm protestierten Hand in Hand. Die Sperrzone wurde von vielen AktivistInnen nicht akzeptiert. Wahlos wurden einige herausgegriffen und zur Anzeige gebracht.

Freitag, 11. September: Die BI organisierte von neuem, zwei Betroffene keteten sich an landwirtschaftliche Maschinen. Die Bundesstraße wurde blockiert. Der Rodungsstopp wurde gefordert. Man führte lange, mehr oder weniger fruchtbare, Diskussionen mit Exekutivbeamten. Bemerkenswert besonders das Ende der Ankettung. Es wurde solange gewartet, bis alle Jour-

nalistInnen weg waren, dann wurde plötzlich ein undurchdringlicher Ring um den Ort des Geschehens gezogen, Gendarm neben Gendarm, keine Fliege(!) konnte durch. Die noch anwesenden Menschen wurden sanft, aber bestimmt zurückgedrängt. Die Anketten fand ihr Ende. Die Rodungen gingen weiter.

Dann der Sonntag: 3 000 Menschen protestierten friedlich. Bis zum Schluß. Sie reichten sich die Hände, diskutierten mit den Gendarmen auf der anderen Seite des Zauns. Die anwesenden "grünen" und "blauen" (schluck; deren ewige Vereinnahmungsstrategie sollte uns schön langsam auch ein Thema sein; Anm.Tb) Nationalratsabgeordneten und einige weitere AktivistInnen überwand den Zaun, betraten die Sperrzone. Kurzer Hand wurden sie von Exekutivbeamten mehr oder weniger sanft, dafür aber bestimmt "hinauskomplimentiert". Irgendwie war nicht zu übersehen, wie die einzelnen Menschen, die ihrem Unmut Ausdruck geben wollten, in sich versunken waren und die übermächtigen Grenzen der sogenannten Staatsgewalt ohnmächtig akzeptieren mußten. Dennoch: Die BürgerInnen konnten ihren Forderungen zumindestens Gehör verschaffen. Die Politiker redeten. Manche schön, manche weniger schön. Manche spitz und frech und wieder manche sinnlos. Die burgenländischen PolitikerInnen aller vier Parteien sprachen sich gegen die geplante Mülldeponie Ghartwald aus und sagten ihre Unterstützung zu. Man sollte sie bei Zeiten daran erinnern. Die betroffenen Menschen der Region formulierten zum x-ten Mal ihre Forderungen:

Rodungs- und Baustopp bis zur Entscheidung von Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof.

Durchführung der bislang verweigernten Umweltverträglichkeitsprüfung. Einsetzen eines unabhängigen Untersuchungsausschusses, wegen zahlreicher Ungereimtheiten und Rechtswidrigkeiten im Verfahrensweg. Neuaufnahme der Verhandlungen mit echter Beteiligungsmöglichkeiten.

Weitere Aktionen sind geplant. Nähere Informationen bei: BI St. Johann in der Haide; Franz Kratzer; 8295 St. Johann in der Haide 159; Telefon: (03332) 65252

...und folgendes Schreiben fand trotz widriger umstände, vor allem widriger hände, den Weg in unser Postkastl und von da in die Redaktion: am 23. september fanden wir ein haus in der mariannengasse (wien 9), in dem schon einige zeit wohnungen nicht mehr vergeben wurden, von einem bauzaun umringt vor, lasen erstaunt die ausgehängte abbruchgenehmigung und gingen dann einmal hinein. im an sich intakten haus war schon ganze arbeit verrichtet worden — wohnungstüren demoliert, klos zerscherbt, etc. zum besetzen der ca. 40 wohnungen waren wir eh viel zu wenig, mehr leute aufreiben war aussichtslos, also gingen wir wieder, nicht ohne einige botschaften zu sprayen und den bauzaun der schwerkraft auszuliefern, was wieder den eigentümer veranlaßt haben dürfte, doch ein schloß ans haustor zu machen. dieses hat die zerstörung des hauses verzögert, weil es sich — besonders in der nacht — gern mit klebriger flüssigkeit füllt. der erschwingliche wohnraum für an die 100 leute sowie eine greißlerei (= ding wo man was zu futtern kriegt und was kein billa ist) sind jedenfalls rechtzeitig zur kalten jahreszeit verloren...

frustrierter groß, trotzdem liebe und kraft

Eine Geschichte...

Es ist stockdunkel draußen, ich fahre nach Hause. Mit der Bim, mir gegenüber sitzt ein Asiate, meine Augen werden schwer, so viele Sachen passieren schon wieder auf einmal, träum ich jetzt schon oder ist das jetzt wirklich, schnell öffne ich meine Augen, uff - na Gottseidank, aber erst jetzt beginnt der Traum zu wirken ..., nachdem ich mich davon überzeugt hatte, daß es nicht 1940 war.

Bevor ich in die Bim steige, oder zuvor, als ich auf die Bim warte sehe ich zwei Polizeibeamte einen "Sandler" festnehmen; ich bleibe stehen, schäue zu, sie haben ihm Handschellen angelegt, er ist anscheinend stockbesoffen und kann kaum stehen; sie demütigen ihn, nicht nur mit Worten, auch mit unangenehmen Berührungen; mir wird schlecht, ich bringe kein Wort heraus, die Bim kommt, ich spüre Erleichterung, ich sehe nichts mehr von der grausigen Männermachtdemonstration/provokation; stumpfsinnig setze ich mich einem Asiaten gegenüber; werde müde und träume das eben Erlebte in noch grausigerer Form weiter, — ich sitze in der Bim, mir gegenüber ein Asiate, Haltestelle, SS'ler steigen ein, schauen sich kurz um, packen den Asiaten, schleifen ihn aus dem Waggon und ich sitze gegenüber, kriege meinen Mund nicht auf, die Türen schließen sich, die Bim fährt weiter - ich habe das Gefühl als würde mich der Blitz treffen, reiße die Augen auf, der Asiate sitzt mir noch immer gegenüber, hat die Augen geschlossen, träumt vielleicht gerade etwas.....

TATblatt

Termine

Innsbruck

Haus am Haven:

(Innrain 157)

17.10., Fleischpost (Graz), Andy Kurka (Wien)

28.10., Di Hi Kin (Korea), Elliot Sharp (NYC)

Wien

Chuzpe: 1090, Marktg. 21-23

jeden Montag ab 19 Uhr: Volküche

jeden Dienstag: Veranstaltung "Die Psychatrie den Psychiatern - allein."

RAF

jeden Freitag ab 16 Uhr: Radfahren am Freitag; Treffpunkt Radhausplatz

Ernst-Kichweger-Haus: 1100, Wielandg. 2-4

jeden Donnerstag ab 20 Uhr: Rechtshilfe-disco

jeden Freitag ab 16 Uhr: Antifa-Cafe

jeden Samstag ab 17 Uhr: Info-Cafe und Volküche

jeden Sonntag ab 17 Uhr: Info-Cafe und Volküche

Antipsychiatrisches Forum - Betroffenen-offensive (Wien und Umgebung)

jeden Dienstag und Donnerstag ab 18.30, Droryg. 23/1, 1030, Tel.: 72 19 714

bis 18.10., täglich 10 - 18.00, im Wiener Rathaus (Volkshalle)

"Mexico - Stadt der Frauen", Veranstalterin: Frauensolidarität

Eine Ausstellung mit Begleitprogramm über die mexikanische Frauenbewegung

"Die Eroberung und Unterwerfung der Menschen des amerikanischen Kontinents begann vor 500 Jahren. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen - seien es die indigenen Völker, seien es die Nachfahren der aus Afrika verschleppten Sklavinnen und Sklaven oder die Mestizinnen und Mestizen - wurden Opfer einer Welt, die sich fortan zur Ersten ernannte. Die Folgen der damaligen Invasion sind bis heute sichtbar und das Ausbeutungsverhältnis wird durch den Neokolonialismus fortgesetzt. Die Vergewaltigung eines Kontinents ging mit der Vergewaltigung einer Vielzahl von Frauen einher, und die folgende Kolonialherrschaft war kein geschlechtsneutraler Gewaltakt. Sexismus, Rassismus und Klassenherrschaft sind seit damals die Basis der Frauenunterdrückung.

Doch genauso alt wie der Versuch der Unterwerfung ist der Widerstand dagegen. Seit 500 Jahren wehren sich die Frauen gegen den Raub ihrer kulturellen Identität, gegen ökonomische Ausbeutung und politische Marginalisierung. Diesen Widerstand zu zeigen, dessen Inhalte zu vermitteln und seine Ziele zu unterstützen ist das Anliegen der Veranstalterinnen. Die Ausstellung "Mexico - Stadt der Frauen" und die begleitenden Veranstaltungen sind eine Aufforderung zur Auseinandersetzung mit den herrschenden Widersprüchen zwischen den Welten.

Strände, Slums und Aztekentempel, exotische Schönheiten, von machismo und Armut geplagte Frauen und dann noch einige Heldinnen-Figuren: Das sind geläufige Assoziationen zu Frauen in Mexico. Die Ausstellung "Mexico - Stadt der Frauen" hinterfragt diese Bilder. Gezeigt werden Frauen, die in Bewegung sind: Frauen, die gemeinsam mit anderen aus scheinbar naturgegebenen Realitäten ausbrechen

und dabei in ihren jeweiligen Lebenswelten neue politische Kulturen kreieren - in den Stadtteilbewegungen, an den Universitäten, in den Medien, in der Punk-Kultur, in den Gewerkschaften, in autonomen feministischen Gruppen, in der Kirche, in der Lesbenbewegung, in indianischen Zentren, in Gesundheitszentren, in der erstarkenden Demokratiebewegung... Ob Hausfrauen, Hausangestellte, Lehrerinnen, Künstlerinnen oder Prostituierte: Frauen erobern, entdecken und erfinden Räume und Ausdrucksformen, treten miteinander in Kontakt, lernen sich kennen und mischen sich ein.

Die Ausstellung ist nicht nur eine dokumentarische Schau aus Fotos und Texttafeln, ebenso werden mittels verschiedenartiger Rauminstallationen, bunten Schaumstoffobjekten und Gegenständen aus dem Alltag ungewöhnliche Akzente gesetzt; ergänzt wird sie durch eine Ton-Dia-Schau über zeitgenössische mexikanische Künstlerinnen. Die Konzeption und deren Umsetzung ist von mexikanischen Frauengruppen und dem feministischen Kommunikationszentrum Alaïde Foppa in Mexico-City erarbeitet worden. Zur Realisierung der Ausstellung trugen in interkultureller Zusammenarbeit der Verein InterAktion, Bonn sowie die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Berlin bei. Eintritt frei!

12.10-16.10, Filmhaus Stöbergasse (1050, Stöbergasse 11-15): Umwelt-Filmtage

Di, 13.10.: 9.00-13.00 Uhr: Kinder und Jugendfilme f. Kinder v. 6-10 (Gr. Saal); Schüler-Werkstätten (Kl. Saal)

14.30-18.00 Uhr: Filmrundschau "Wunderwerk Natur" (Gr. Saal); Hearing "Energie-Alternativen" (Kl. Saal)

19.00 Uhr: "Atom" - Film u. Podiumsdiskussion; "Die Potemkinsche Stadt" - der besondere Umweltfilm

Di, 13.10., 10.00-12.00 Uhr; Eltern-Kind-Zentrum (10, Quellenplatz 4) Umweltbewusste Kinderpflege

Mi, 14.10., Filmhaus Stöbergasse (5, Stöbergasse 11-15)

9.00-13.00 Uhr: Kinder- u. Jugendfilme, 10-14J.; Schüler-Werkstätten

14.30-18.30 Uhr: "Die hausgemachten Katastrophen" - Filmrundschau; Hearing "Müllverbrennung"

19.00 Uhr: "Gentechnologie" - 2 Filme und Podiumsdiskussion; "Maschinenträume" - der besondere Umweltfilm

Mi, 14.10., 18.30 Uhr; Umweltberatung Floridsdorf (21, Angererstr. 14):

"Dicke Luft im Büro" - Referat

Mi, 14.10., 19.00, Festsaal des Alten Rathauses (1010, Wipplingerstr. 8): "Mexico - Stadt der Frauen". Vortrag: "Identität, Geschlecht und Kolonialismus", Berta Hiriart

"Die Suche nach Identität bedeutet, den Wurzeln nachzugehen und die kolonialistischen Mechanismen aus Vergangenheit und Gegenwart, außen wie innen, sogar im eigenen Herzen, in Frage zu stellen und zu durchbrechen. Keine leichte Aufgabe, denn die offizielle Geschichte registriert im besonderen den Blickwinkel der Sieger (bis vor kurzem galt 1492 als das Datum der "Entdeckung" Amerikas) und ignoriert die Existenz und die Beteiligung der Frauen. (...) "

Mi, 14.10., 23.30, Flex (1120, Arndtstr. 51): Lesung und Diskussion - mit Klaus Farin aus seinem (und von Eberhard Seidel-Pielen) neuen Buch: "Rechtsruck. Rassismus im neuen Deutschland"

Mi, 14.10., 19.00, HOSI-Zentrum (1020, Novarag. 40): Lesbengruppe - Arbeitsgruppe: Lesben und Recht

Mi, 14.10., ab 13.30, Volkshochschule Favoriten (1100, Arthaberplatz 18): Symposium Stalinismus - Theorie und Forschung; Veranstalter von VHS Favoriten und Memorial Österreich.

"Ziel dieses Symposiums ist die Erarbeitung theoretischer und praktischer Grundlagen, die zum Stalinismus geführt haben. Es wird sowohl auf den historischen Werdegang des Stalinismus in den ehemaligen sogenannten realsozialistischen Ländern eingegangen, als auch auf die dafür notwendigen strukturellen Vor-

aussetzungen.

Ein zentraler Bestandteil wird die Aufarbeitung der Alltagsgeschichte hinsichtlich der Stalin-Opfer sein. Zeitzeugen werden ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Stalinismus berichten. Das Symposium richtet sich neben allgemein Interessierten vor allem an LehrerInnen, SchülerInnen, ErzieherInnen und ErwachsenenbildnerInnen, da die Aufarbeitung der Geschichte eines totalitären Systems für die weitere Entwicklung des Demokratiebewusstseins in unserer Gesellschaft als besonders wichtig zu erachten ist."

13.30.: Eröffnung von und mit Bezirksvorsteher Prucha

14.00.: Georg Scheurer (Autor/Zeitzeuge): "Über die Sowjetunion - Entstehung und Vergehen"

15.30.: Dr. V. Tichanova (Memorial/Rußland): "Die Aufarbeitung des Stalinismus in der GUS"

17.00.: Ausstellungseröffnung: Rosa Puhm (Zeitzeugin, Memorial/Österreich)

17.30.: Dr. Peter Erler (AK der Opfer des Stalinismus/Inst. f. Gesch. d. Univ. Berlin-Ost): "Stalinistische Strukturen in der ehemaligen DDR"

19.00.: Univ.Prof.Dr. Wolfgang Fritz Haug (Freie Univ. Berlin): "Zur theoretischen Analyse des Stalinismus - muß eine Person den Stalinismus von Marx her denken?" Eintritt frei!

Do, 15.10., Filmhaus Stöbergasse (5, Stöbergasse 11-15):

9.00-13.00 Uhr: "Landwirtschaft u. Ernährung" - Kinder u. Jugendfilme, ab 14 J.; Schüler-Werkstätten

14.30-18.30 Uhr: Filmrundschau "Widerstand und Bürgerprotest"; Hearing "Ozon-Alarm"

19.00 Uhr: "Sackgasse Rio" - Film u. Podiumsdiskussion; "Elektrolärmung" - besonderer Umweltfilm

Do, 15.10., ab 14.00, VHS Favoriten (1100, Arthaberplatz 18): Symposium Stalinismus - Theorie und Forschung; Probleme historischer Forschung;

14.00.: Mag. Gerhard Mangott (Österr. Inst. f. Internationale Politik): "Die Stalinismus-Debatte als politisches Kalkül"

15.15.: Die Typenrunde: Dr. Hans Schafaranek (Historiker), Dr. Walter Szevera (Autor/Historiker), Dr. Barry McLoughlin (Historiker): "Stalinismus und historische Forschung"

17.15.: Fritz Keller (Autor): "Zusammen-

bruch des Stalinismus - viele Fragen und einige Antworten zur Situation", Mag. Dr. Robert Streibel (Historiker/EB): "Probleme historischer Forschung aus der Praxis" 19.00.: Podiumsdiskussion: "Stalinismus und politische Praxis"; mit Raso Puhm (Zeitzeugin), Dr. Wolfgang Neugebauer (Dokumentationsarchiv des österr. Widerstandes), Dr. V. Tichanova (Memorial Rußland), Dr. Susanne Sohn (Memorial Österreich), Kurt Lhotzky (Memorial Österreich)
21.00.: Film: "Das Geständnis"
Eintritt frei!

Do, 15.10., 21.00, Flex (1120, Arndtstr. 51): Zusammenfassung der Diskussion vom Vortag, Lesung und Überlegungen zu konkreten Strategien in Wien. Beide Veranstaltungen werden im Boiler-Piraten Radio auf 103,3 MHz live übertragen!

Do, 15.10., 19.00, HOSI-Zentrum (1020, Novarag. 40): Jugendgruppe, Cafe Fliwüt

Do, 15.10., 19.00, VHS Favoriten, Zweigstelle Per Albin Hansson Siedlung Ost (im HdB, 1100, Ada Christen G. 2): Die Indianer Nord-Amerikas 500 Jahre nach Kolumbus am Beispiel der Lakota (USA) und Lubicon Cree (Kanada); Diavortrag, Eintritt ÖS 30,-

Fr, 16.10., 19.30, Vestibül Nord der Volkshalle im Rathaus: "Mexico - Stadt der Frauen": Lesung: Mexicanísima - Zeitgenössische Autorinnen zwischen Eros und Gewalt
"Noch unveröffentlichte Texte über Folter und politische Gewalt sowie erotische Gedichte aus AMORica Latina (Wiener Frauenverlag 1991) lesen Erna Pfeiffer und Isabel Olalde-Schmid spanisch/deutsch, anschließend Diskussion."

Fr, 16.10., Filmhaus Stöbergasse (5, Stöbergasse 11-15):
9.00-13.00 Uhr: "Regenwald" - Jugendfilm ab 14 J.; Schüler-Werkstätten
14.00-18.00 Uhr: Filmrundschaue - buntes Programm; Hearing "Konkrete Utopien"
19.00 Uhr: Abschlußveranstaltung "Lauter Steine auf die Seelen unserer Kinder"
22.00 Uhr: "Daedalus" - besonderer Umweltfilm

Fr, 16.10., 20.00, TU (Porrhaus, Treitlstr. 3, 1040): Filmreihe 500 Jahre Kolonialis-

mus:
"Flaschenkinder", BRD 1975, 26 min.
"Der Film berichtet von den Problemen, die durch die "Milchpulver-Ernährung" von Säuglingen in Afrika entstehen. Statt Muttermilch erhalten viele Babys, angeheizt durch die reißerische Werbung, die meist schlecht zubereitete Ersatznahrung. Viele Kinder sterben an Unterernährung." "Streitfall Babynahrung", BRD 1983, 25min.

"Am Beispiel der Philippinen wird gezeigt, wie Babynahrungsproduzenten die Muttermilch immer mehr verdrängt haben. Der Film zeigt, welche Folgen für die Kleinkinder, die mit zum Teil völlig verdreckten Wasser angerührte Milch, nach sich zieht. Die Verbraucherorganisation auf den Philippinen und in anderen Ländern der "Dritten Welt" verlangen von den Behörden konsequente Vorschriften zum Schutz der Säuglinge und zur Förderung des Stillens gemäß dem "WHO-Kodex". Sie werfen den Konzernen vor, ihnen gehe der Profit über Gesundheit und Sicherheit der Kinder."

"Futtermittel aus Brasilien - Milchpulver aus Österreich", Inlandsreport, Österreich 1985, 15 min.
"Österreich importiert allein aus Brasilien ein Drittel des Viehfutters. Leistungssteigerung bei der Milchproduktion ist trotz unseres "Milchsees" 1. Gebot. Um unsere Überschüsse am Weltmarkt überhaupt absetzen zu können, sind jährlich ca. 3 Mrd. Schilling aus öffentlichen Geldern und aus Abgaben der Bauern notwendig. Aus 8 l Milch wird ein Liter Trockenmilch hergestellt, die dann nach Brasilien, Senegal, Nigeria, Irak, Indien und Jemen exportiert wird. Gerade im Jemen zeigt sich deutlich, wie gefährlich und sogar tödlich das Milchpulver für Babies sein kann."

Fr, 16.10., 21.00, HOSI-Zentrum (1020, Novarag. 40): Frauentanzabend

Sa, 17.10., 14.00, Vestibül Nord der Volkshalle im Rathaus: Führung durch die Ausstellung "Mexico - Stadt der Frauen"

Sa, 17.10., 18.00 (bei Schlechtwetter ab 20.00), SARG-Fabrik (1140, Matznerg. 8): Fest der Bürogemeinschaft Schottengasse, DJ, Grill, Open End.

So, 18.10, Vestibül Nord der Volkshalle im Rathaus:
11.00: Führung durch die Ausstellung

"Mexico - Stadt der Frauen"
ab 17.00: Finissage: "Reise durch 500 Jahre" - Szenische Collage mit Dias, Tanz und Gesang. Lateinamerikanische Exilierte Frauen in Österreich (Lefö). Norma Helena Gadea (Nicaragua): Texte und Gesang "Norma Helena Gadea, die "Stimme Nicaraguas", war 1989 erstmals in Wien und sie beeindruckte: Ihre Lieder wurzeln in der Geschichte und Gegenwart des Volkes. Diesen Liedern gibt sie nicht nur ihre Stimme, sie gibt ihnen mit ungeheurer Kraft, die aus der Tiefe ihrer Person kommt, einen Ausdruck, der die Zuhörenden in ihren Bann zieht."

Sa, 17.10, Umweltberatung Floridsdorf (21, Angererstr. 14):
Treffpunkt 10.00 Uhr: "Brennpunkt Kleingarten" - Exkursion

Mo, 19.10.-Fr, 23.10, 2, Messezentrum Mitte, Galerie 15:
3: Wiener Abfallwirtschaftskongreß

Mo, 19.10., Palais Ferstel (1, Freyung 2): Zukunftssymposium

Mo, 19.10., 20.00, Afroasiatisches Institut (1090, Türkenstr. 3): Film "Alle sollen sich erheben!" und Dialog mit einer Maya Familie aus Guatemala. Veranstaltet vom Guatemala-Komitee (Kontakt: 1060, Münzwardeing. 2).

Mo, 19.10., 19.30-21.00 Uhr: Umweltberatung Hietzing (13, Hofwieseng. 48):
"Naturnahes Gärtnern" (5 mal ab 19.10)

Di, 20.10.-Mi, 24.10, 9.00-18.00 Uhr; 2, Messegelände:
UTEC-Absorga - Messe f. Umwelttechnik

Di, 20.10., 20.00, HOSI-Zentrum (1020, Novarag. 40): "Nordkorea - Eindrücke einer Reise", Erich erzählt bei Ginseng-Tee.

Mi, 21.10., 19.00, HOSI-Zentrum (1020, Novarag. 40): Lesbengruppe, AK: "Lesbengeschichte: Lesben und NS-Zeit"

Do, 22.10., 19.00, VHS Favoriten (1100, Arthaberplatz 18): Dr. Brigitte Bailer-Galanda (Dokumentationsarchiv des österr. Widerstandes): "Rechtsextremismus und Rassismus heute"

Fr, 23.10., 20.00, TU (Porrhaus, Treitlstr. 3, 1040): Filmreihe 500 Jahre Kolonialismus:

"Puero Rico libre"

Englische Originalfassung - deutsche Textblätter vorhanden. Frauen in der puertoricanischen Revolution. Politische Gefangene in der USA.

Fr, 23.10., 21.00, HOSI-Zentrum (1020, Novarag. 40): Frauentanzabend

Fr, 23.10., 19.30, Großer Saal der Gewerkschaft der LebensmittelarbeiterInnen (1080, Albertg. 35): Die Schuldenkrise der Dritten Welt, Vortrag von Dr. Otto Kreye (Starnberger Institut/BRD); im Rahmen der EZA-500 Jahre Kampagne "Gerecht handeln statt Ungerechtigkeiten feiern". Eintritt frei.

Di, 27.10., 19.30, Amerlinghaus (1070, Stiftg. 8): Nicaragua-Disco - Fest mit Spiel, Tanz, Essen und Trinken.

Mi, 28.10., 19.00, HOSI-Zentrum (1020, Novarag. 40): Lesbengruppe, Allgemeiner Abend

Do, 29.10., 19.00, VHS Favoriten (1100, Arthaberplatz 18): Univ. Doz. Dr. Gero Fischer (Inst. f. Slavistik d. Univ. Wien): "Multikulturalität als Perspektive der Überwindung der Fremdenfeindlichkeit"

Do, 29.10., 19.00, HOSI-Zentrum (1020, Novarag. 40): Jugendgruppe, Meeting point: "Bringe deine beste Freundin mit!"

Fr, 30.10., 20.00, TU (Porrhaus, Treitlstr. 3, 1040): Filmreihe 500 Jahre Kolonialismus:
"Irak: Die Zeit nach dem Krieg", BRD 1991, 45 min.

"Der Golfkrieg ist aus und mensch erfährt kaum etwas über dessen Nachwirkungen. Weite Teile des Irak sind ohne Wasser, Gas oder Strom. Im Land des einstigen Erdölproduzenten kostet der Liter Benzin 22 Dollar. In den Krankenhäusern sterben die Kinder an Unterernährung oder aufgrund des Fehlens von Medikamenten."

Fr, 30.10., 19.30, Albert Schweitzerhaus (1090, Schwarzschanerstr. 13): Gesang für Amerika, eine Konzertlesung von Urs Fiechter und Sergio Vesely. Eintritt freie Spende.

Fr, 30.10., 21.00, HOSI-Zentrum (1020, Novarag. 40): Frauentanzabend

Burgenland

Burgenländische Forschungstage 1992
"Mit Sprachen leben. Praxis der Mehrsprachigkeit"
am 23. und 24. Oktober auf Burg Schlaining, Tagungsbüro und Anmeldung: Burgenländische Forschungsgesellschaft, Pfarrg. 10, 7000 Eisenstadt, Tel.: 02 682/66 886.

"Neben Referaten zum Thema Mehrsprachigkeit werden in vier Arbeitskreisen (Kindergarten, Schule, Verwaltung, Medien) Modelle und Perspektiven verschiedener Länder und Regionen Europas diskutiert."

- Welchen Stellenwert haben die Sprachen der Volksgruppen in burgenländischen Kindergärten, Schulen, in der Verwaltung und in den burgenländischen Medien?

- Wie sieht die gesellschaftliche Praxis der Mehrsprachigkeit in anderen Regionen Europas aus?

- Welche Gemeinsamkeiten, welche Verschiedenheiten gibt es?

Die Burgenländischen Forschungstage bieten Angehörigen von Mehrheiten und Minderheiten, darunter auch zahlreichen ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis die Möglichkeit, Antworten auf diese Fragen zu finden und zugleich neue Fragen zu stellen."

Oberösterreich

Linz

Aidshilfe, Langg. 12, 4020 Linz: Öffnungszeiten: Montag 15-18.00, Mittwoch 17-20.00, Donnerstag 10-13.00, Freitag 12-15.00; Tel.: 07 32/21 70.

Homosexuelle Initiative Linz (Postfach 43, 4013 Linz), Rosa Telefon: 07 32/78 20 51 jeden Montag 20-22.00 (sonst Tonbanddienst)

Wels

Schlachthof (Dragonerstr. 22):

Sa, 17.10., 20.00: Bigband Connection

Fr, 23.10., 20.00: Klammer-Gründler 2, Mitterer-Reisinger-Robert 3

Sa, 24.10., 20.00: Herwig Seeböck - Die große Häfenelegie
So, 25.10., 20.00: h.p. zinker, haifisch und sexual spastics

Demonstration gegen Mietenwucher und Wohnungsnot!!!

Freitag, 6. November 92

**Treffpunkt: 16 Uhr,
Keplerplatz, 1100 Wien**

Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstveraltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erdulgende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ...eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen. Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Nummerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr im TATblatt-Büro:
Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11

TATblatt-Abo:

einfach beiliegenden Erlagschein ausfüllen (Name und Adresse auch am rechten Abschnitt vollständig ausfüllen!!!) und einzahlen!

Preise innerhalb Österreichs:

10-Nummern-Abo: 140 ÖSchis

20-Nummern-Abo: 270 ÖSchis

Preise außerhalb Österreichs

10-Nummern-Abo: 200 ÖSchis

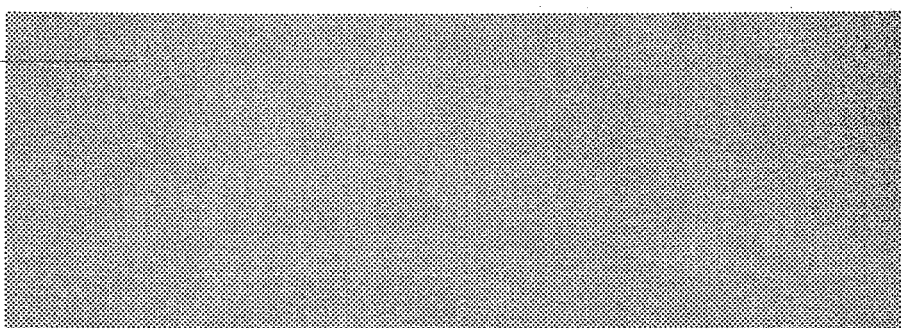
TATblatt-Verkaufsstellen

WIEN: • BH Kolisch (1, Rathausstraße 18) • BH Südwind (1, Kleeblattgasse 4) • BH Winter (1, Landesgerichtsstraße 20) • Zeitungskiosk Keream (1, Kärntnerpassage – beim U4-Abgang) • Zentralbuchhandlung (1, Stephansplatz) • BH Rive Gauche (2, Taborstraße 11b) • Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf "Unser Laden" (3, Apostelgasse 17) • Plattengesch. Why Not (7, Kirchengasse) • EZA (8, Lerchenfelderstraße 18–24) • Bioladen Makrokosmos (8, Strozsigasse 38) • Buchwelt (9, Schwarzschanerstraße 15) • Reisebuchladen (9, Kolingasse 8) • Beisl CI (16, Payergasse 14) • Beisl B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

INNSBRUCK: • Am Haven (Innrain 157) • Utopia (Tschannlerstraße 3)

SCHWERTBERG: • Kulturverein KANAL (Josefplatz 21)

Änderungen vorbehalten! Stand Oktober 1992



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpicker! unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst! Bei Fehlern oder Unklarheiten bitte bei uns anrufen oder uns schreiben!

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 568078 **Konto:** P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.